

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschäß behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1,00 M.— Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Beitragsgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Polizeikonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Insolvenzpreise: Die 10 gevalt. Kolonialzeile 35 Pfg., bei Plakatvorlese 40 Pfg.
Stellenangebote 10 gevalt. Kolonialzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten
die 10 gevalt. Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 M.— Insolvenz v. ausw.:
die 10 gevalt. Kolonialzeile 40 Pfg. bei Plakatvorlese 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 M.—

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Internationale Solidarität

Die unterdrückten Nationen auf dem Brüsseler Kongress Sie klagan!

SPD Brüssel, 7. August.

Die dritte Plenarsitzung des Kongresses am Dienstagvormittag galt den unterdrückten Parteien und Völkern. Das Bekennen zur internationalen Solidarität der Sozialisten aller Länder mit den Opfern des Faschismus, des Bolshevismus und des Imperialismus kam auch in der Zusammensetzung des Präsidiums des heutigen Sitzung zum Ausdruck: den Vorsitz führten gemeinsam drei im Exil lebende Genossen, Führer von unterdrückten Parteien, ein Italiener, Filippo Turati, und zwei Russen, der Sozialdemokrat Abramowitsch und der Sozialrevolutionär Nosanow, Rumänen. Der fast 70jährige und noch erstaunlich frische

Zuraski

nimmt als erster das Wort, um eine leidenschaftliche Anklage gegen das Regime Mussolinis zu erheben. Aber wie er selbst betonte, wollte er nicht nur dem Faschismus den Prozess machen, sondern auch die Sozialisten aller Länder ermahnen, aus den eigenen, bitteren Erfahrungen der italienischen Genossen die Lehre zu ziehen, niemals vom Wege der Demokratie abzuweichen.

Genosse Dan

von der Russischen Sozialistischen Arbeiterpartei spricht dann zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, die

Weltpolitische Lage.

Er führt aus: „Der Faschismus und der Bolshevismus sind Brüder. Beide führen sich auf einen militärischen Apparat, der von Korruption geradezu froh. Meine Partei ist stolz darauf, daß sie auch unter den Schlägen der Diktatur niemals aufgehört hat, die Lehren ihres großen Führers Marx zu wiederholen, zum Ausdruck zu bringen, die Lehren, die uns klarmachen, daß wir im kämpfenden Kampf gegen die Diktatur nie die Gemeinsamkeit unserer Endziele vergessen dürfen.“

Der Kampf gegen die bolschewistische Diktatur ist nur durchzuführen bei einem gleichzeitigen Kampf gegen die bürgerliche Konservativ-Revolution.

In Moskau tagt zur Zeit der Konferenz der 3. Internationale. Er hat den Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Länder beschlossen. In vielen Ländern haben die Bolschewisten entsprechende Methoden Spaltung und Betrug, schon längst angewandt. In der Abwehr dieses Kampfes muß die Sozialdemokratische Arbeiter-Internationale die Offensive übernehmen. Wir dürfen uns dabei niemals der von den Bolschewisten benutzten Mittel bedienen. Wir wollen und müssen den Kampf um die Seele der Arbeiterschaft führen, und wir führen ihn, indem wir, die Internationale des Friedens, der Internationale der Spaltung die

Internationale des Einheit entgegenstellen.

Die Möglichkeiten der bolschewistischen Diktatur sind durch die Tatsachen der wirtschaftlichen Weltkräfte beschränkt. Die Bauern haben auf die Maßnahmen der bolschewistischen Regierung mit passivem Widerstand geantwortet, die Handwerker haben die Läden geschlossen. Heute befindet man sich in Russland in einem katastrophalen wirtschaftlichen Zustand. Aus der Agonie des Repp ist eine Agonie des Bolshevismus geworden. Erstützt durch den ewigen Jihad-Kurs geht die Diktatur heute wieder nach rechts. Innere Konflikte sind unter diesen Umständen zu erwarten, außenpolitisch nicht ausgeschlossen. Die bolschewistische Diktatur ist zweifellos eine Quelle außenpolitischer Gefahren. Der Zustand, in dem sich Russland augenscheinlich befindet, weckt die Sorge der Imperialisten. Eine Diktatur darf nachgerade in einer solchen Situation nicht schwach erscheinen, und wo sie schwach ist, muß sie sich stark zeigen. So sehen wir Russland heute gewissermaßen als ein großes Militärlager, als willkommenen Ruhboden für Abenteurer. Unter diesen Umständen können die Gewehre allzuleicht von selbst losgehen. Wir russischen Sozialdemokraten bekämpfen die Ursachen, die hierzu führen und damit den Bolshevismus, um an seine Stelle die demokratische Republik zu setzen.“

Buxton-England

Vertreter der britischen Arbeiterpartei, überbrachte ein Bekennnis der Solidarität mit den unterdrückten Völkern Afrikas und Asiens, insbesondere mit den Ägyptern und Chinesen. Er gab offen zu, daß die englische Arbeiterbewegung vom Problem des Faschismus und des Bolshevismus nicht das gleiche Interesse entgegenbringt, wie die sozialistischen Parteien des Kontinents. Was aber an dieser Rede wertvoll war, das war die entschlossene Kampfanlage der Labour-Partei gegen die imperialistische Politik der konserватiven Regierung Englands, das Bekennen zur völligen Unabhängigkeit Ägyptens, zur Internationalisierung des Suez-Kanals, zur Abschaffung der ungleichen China-Verträge und zur völligen Gleichstellung der Völker des Westens und des Ostens.

Buxton führte dann weiter aus:

„Wir Engländer haben nicht das Bestreben, die Gegenseite zu belügen, sondern das einzige hervorzuheben. Wir wollen auch nicht utopisch sein, denn wir sind nicht so streng an die marxistische Lehre gebunden, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Wir

wollen mehr die praktische Lösung. Deshalb verlangen wir keine grundsätzliche Definition, aber dafür mehr praktische Politik. Aus diesem Grunde haben wir den ersten Kommissionen des Kongresses eine ganze Reihe von Formulierungen vorgelegt. Wir verlangen darin

sofortige Räumung des Rheinlandes,

wir fordern die Herstellung offizieller Beziehungen zu Russland durch alle Staaten und die Unabhängigkeit im Rahmen des Völkerbundes. Schließlich stellen wir uns auf den Standpunkt, daß der Zustand aufzuheben muß, die asiatischen Völker als Völker niedrige Kultur und uns als Völker höherer Kultur zu betrachten. Wir verlangen volle Gleichheit der Völker und in bezug auf China voll Autonomie, Annulierung der bestehenden Verträge und Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus chinesischem Gebiet.

Kantaohang-China

Wir Chinesen haben jetzt endlich die Freiheit unseres Landes erobert und den alten Militarismus in einen Windel der Mandchuren zurückgedrängt. Aber er ist noch nicht endgültig vernichtet.

Wir sind auch noch immer Opfer der elenden Untrübe des internationalen Imperialismus.

Es steht sich vor allem auf die ungleichen Verträge, die als Folge des Krieges von 1842 und 1858 und vieler anderer Ereignisse geschlossen wurden und die die Kontrolle des Zolls durch das Ausland, die erzwungene Herauslösung der Tarife, Konzessionen und die Privilegien der Exterritorialität zur Folge hatten.

In einem Lande von 400 Millionen Menschen ist die Arbeitskraft natürlich überreichlich vorhanden, trotzdem kann das chinesische Volk keine Naturschäfe nicht industriell herarbeiten. Denn die ausländischen Kapitalisten verhindern durch die Zollkontrolle und die Beschränkung der Tarife die Ausdehnung des chinesischen Außenhandels. Sie schaden damit nicht nur dem chinesischen Volk, sondern ihren eigenen Nationen. Aber was Ihnen vorschwebt, ist ein eingeschränkter, von ihnen

monopolisierte Handelsverkehr,

der sehr hohe Profite abwirft, anstelle eines ausgedehnten Handelsverkehrs mit mäßigem Ertrag. Darüber hinaus wird der Wert der Waren alle 10 Jahre durch internationale Vereinbarungen festgesetzt. Diese Werte können am Ende der zehnjährigen Periode nur durch eine einmütige Zustimmung aller Mächte, die Konventionen befreien, abgeändert werden. Da nun die Verträge mit den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten geschlossen wurden, fällt ihr Ablauf sozusagen niemals zusammen, und so kann jedes Land unter dem Vorwand, daß der Termin der Revision vorüber ist, die alte Verfestigung während der neuen Periode aufzuerhalten. Durch 50 Jahre, von 1858 bis 1902 ist ein neues Uebereinkommen nicht möglich gewesen. Es ist wohl überflüssig, darauf hinzuweisen, wie schwer angeholt der tatsächlichen Aenderung der Preise diese künstliche Stabilisierung auf die Entwicklung der chinesischen Industrie und auf die innere Lage Chinas lastete. Wenn die fremden Mächte nicht dazu gebracht werden, auf diesen Missbrauch der Macht auf wirtschaftlichem Gebiet zu verzichten, dann besteht die Gefahr, daß der wachsende Zorn gegen die Fremden Verwicklungen herbeiführt und China als eine leichte, verteidigungslose Beute angesehen wird.

Ein Volk, das nach seiner Wiedergeburt arbeitet, kann ein solches Joch nicht lange ertragen.

Nur ihrem eigenen Gesetz gehorrend und mit der Hilfe oder der Stillschweigendes Duldung ihrer Konkurrenz konnten die fremden Unternehmer das chinesische Proletariat einer wahren Sklaverei unterwerfen. Von den 1740556 Spindeln im Jahre 1925, die in den Baumwollspinnereien von Shanghai arbeiten, gehörten 926432 Engländer und Japanern. Die Arbeitsbedingungen in den Spinnereien sind unerträglich. In den Fabriken von Shanghai gibt es im allgemeinen zwei Schichten, eine Tag- und eine Nachtshift. Die Löhne sind äußerst gering. Die brutale Behandlung durch ausländische Vorarbeiter, die Verwahrung von Frauen und Kindern, alles das wird verschärft und aufrecht erhalten durch die Möglichkeit, welche die Fremden haben, für Anwendung eines Gesetzes zu erzwingen, auch dann, wenn es keine gesetzliche Vorschrift gibt. Die Engländer werden geschult durch ihre Armee, durch ihre Marine und durch die freiwilligen Streitkräfte, welche die Kapitalisten organisieren und für welche die Regierungen Waffen und Munition liefern.

Das einzige Mittel, um China seine Unabhängigkeit wiederzugeben, ist die

Abschaffung der ungleichen Verträge.

Das ist auch das einzige Mittel, um zu verhindern, daß das Blut unserer Arbeiter von neuem fließen muß. So zwinge uns die Pflicht gegenüber unserem Volk, heute an alle Länder den Appell zu richten: Sorgt dafür, daß alle ungleichen Verträge,

Polnisch-litauische Konferenz in Genf

U. Berlin, 8. August.

Wie das Berliner Tageblatt aus Nowońo erfährt, wird die litauische Regierung auf den polnischen Vorschlag, die für Mitte August in Königsberg geplante polnisch-litauische Konferenz auf den 30. August zu verschieben und in Genf abzuhalten, eingehen. Wie das Blatt weiter hört, zieht Woldomarats eine Reise nach Paris in Erwägung, die zur Zeit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes stattfinden soll, da Woldomarats dann Gelegenheit zur Aussprache mit den dort versammelten Außenministern haben würde.

China in Brüssel

Als das bedeutendste Ereignis auf der geistigen Sitzung des Brüsseler Kongresses wird gewiß die Rede des chinesischen Genossen Kantaohang anzusprechen sein. Genosse Kantaohang, der in Paris lebt, ist den sozialistischen Arbeitern kein Unbekannter. Hat er doch auf der einstigen Executive-Tagung der SUC ein längeres Referat gehalten, das wohl als eine der besten marxistischen Analysen über das Chinaproblem gelten konnte. Das war noch vor den Shanghai-Ereignissen des April 1927, und was Kantaohang damals voraus sagte, ist inzwischen restlos eingetroffen. Damals schon, als die Komintern noch in freier Gemeinschaft mit der Kuomintang lebte, wies Kantaohang auf den Klassegegensatz im Innern Chinas hin und auf die Aufgabe der chinesischen Arbeiter im Prozeß der nationalen Revolution: Abgrenzung von den Klassenfeinden im eigenen Lande.

Gedanezu erfreichend wirkten die Ausführungen Kantaohangs über die „verbrecherische Politik der Kuomintang“. Die Kuomintang hat, wie Kantaohang bemerkte, „eine terroristische Diktatur aufgerichtet, Arbeiter niedergemacht, die Organisationen des Proletariats zerstört“ — das wissen unsere Leser zur Genüge. Weniger orientiert über die sonst allgemein bekannten Taten der Kuomintang zeigte sich erst dieser Tage unser Zentralorgan der Wirtschaft, der es für gefahrhaft hielt, die Kuomintang durch den Ablauf einer offiziellen Erklärung ihrer Berliner Sektion von diesen Taten nicht nur reinzuwaschen, sondern sogar noch als sozialistischfreudlich auszugeben. Mit Recht weiß Kantaohang darauf hin, daß der Terror der nationalrevolutionären bürgerlichen Partei in gleichem Maße Bolschewiken und Sozialisten trifft. Doch die Komintern an den Niederlagen der chinesischen Arbeiter in fastem Maße schuld hat, ist in diesen Spalten häufig genug nachgewiesen worden. Den Vertretern der Kuomintang, die auf der Zuhörer-Tribüne des Brüsseler Kongresses die Ausführungen des chinesischen Genossen zu hören bekamen (sie sind nicht Gastdelegierte, wie die kommunistische Presse fälschlich behauptete), wird die Anklage nicht sehr angenehm gewesen sein.

Hinter Kantaohang stehen einige beherzte Leute, die die Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes in China aus der gleichen marxistischen Erkenntnis nehmen, die die Arbeiterklasse in allen Ländern zum Siege führen wird. Kantaohang sprach nicht als Vertreter einer chinesischen proletarischen Partei. Die muss erst noch werden. Wenn der Brüsseler Kongress die Einheit mit dem asiatischen Proletariat praktisch gestalten will, dann wird hier mehr nötig sein, als eine schöne Kongressresolution. Was hier zu getan hat, ist von uns so häufig angeführt worden, daß eine Wiederholung nicht nötig ist. Aber wir geben uns nicht der Illusion hin, daß diese Aufgabe der Brüsseler Kongress schon lösen wird.

welche die Mächte China aufgezwungen haben, unverzüglich aufgehoben werden. Bekämpft kraftig den Westimperialismus, der China und die anderen Mächte zu überfluten droht. Wir bitten euch ganz besonders, die Vorgänge im fernen Osten aufmerksam zu verfolgen, wo der japanische Imperialismus ebenso gefährlich geworden ist, wie der europäische und der amerikanische. Wir fürchten, daß er eines Tages eine Katastrophe gleich der im Jahre 1918 hervorrufen könnte.

Die chinesischen Arbeiter leiden aber auch unter der innerenpolitischen Lage

und vor allem unter der verbrecherischen Politik des Kuomintang. Seit zwei Jahren versucht der Kuomintang eine terroristische Diktatur aufzurichten. Er hat Arbeiter niedergemacht, er hat die Organisationen des Proletariats zerstört. Er führt einen durchdachten Kampf gegen die „Roten“, gegen die Bolschewiken ebenso wie gegen die Sozialisten. Es gibt für uns keine Pressefreiheit und keine Koalitionsfreiheit mehr. Wir verurteilen diese Politik unserer Machthaber und wir bekämpfen sie. Der Kuomintang ist gegenwärtig an der Macht. Wir beweisen aber stark, daß er die Sicherheit im Lande herstellen kann. In dieser verworrenen Lage kämpfen wir chinesischen Sozialisten

für die sofortige Entwaffnung des Landes.

Wir wollen die Errichtung eines Staates, der auf der Demokratie aufgebaut ist, der die Macht der Generäle beschränkt, der die Polizeibehörden von ihnen unabhängig macht und der die Interessen der Arbeiterklasse beschützt. Dem Kuomintang gegenüber können wir nicht die Haltung einer klaren Unterstützung einnehmen. Wir werden die Reformen, die für das Proletariat nützlich sind, unterstützen und alles befürworten, was ihm schädlich ist. Seit 1911 hat China nur bürgerliche Revolutionen gehabt. Wir werden in Zukunft für die proletarische Revolution arbeiten. Vergangenheit und Gegenwart gehören dem Kuomintang, die Zukunft gehört uns. Man spreche aber nicht vom chinesischen Bolschewismus. Das Volk hat kein Vertrauen mehr zu ihm. Der Bolschewismus hat in China durch den Missbrauch der Arbeiterklasse für seine eigenen Zwecke das Vertrauen des chinesischen Volkes verloren. Dieses Fiasco ist eine große Lehre.

Wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, die chinesische Arbeiterklasse und ihre endgültige Befreiung erfolgreich zu organisieren. Wir rechnen darauf, daß Sie uns helfen werden, vorerst die Unabhängigkeit unseres Landes zu erobern.

(Lebhafte Beifall.)

Der Kongress vertritt sich mittags 1,25 Uhr auf Donnerstag vormittags 9,30 Uhr. Am Nachmittag tagen wiederum die Kommissionen. Am Mittwoch fahren die Delegierten des Kongresses, soweit sie nicht an den Kommissionsarbeiten beteiligt sind, in einem Sonderzug nach Ostende.

Was zu sagen ist

Nüchternes zum III. Kongress der Sozialisten

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

B. Brüssel, 7. August.

Von diesem dritten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gilt, was von vielen Kongressen anderer Organisationen zu sagen ist: er ist wegen seines Umfanges schwierig, doch er fast bis an die Grenze der Arbeitsunfähigkeit herankommt. Die nahe 800 Delegierten haben in dem Riesenraum des Volkshauses der Brüsseler Arbeiterschaft wohl alle Platz bekommen, aber das Prädikium kämpft immer wieder gegen die nur vorübergehend schwächer werdende Unruhe an, um den Rednern die nötige Aufmerksamkeit zu sichern. Für eine Organisation, wie sie die Sozialistische Arbeiter-Internationale ist, müsste dieser Kongress Aulaz sein, ihr Organisationsstatut zu prüfen und insbesondere zu prüfen, ob künftige Kongresse sich nicht arbeitsfähig gestalten lassen. Die Sozialisten aller Länder und die Arbeiterklasse der ganzen Welt haben kein Interesse daran, alle paar Jahre einmal einen Massenaufmarsch von Delegierten zu sehen, sondern sie erwarten und müssen von ihm erwarten, daß er arbeitet. Dass er ihnen den Kampfgeist, auf dem sie stehen, frei macht von allen möglichem Gelirup, das ihnen die Überzeugung unmöglich macht und ihre Bewegungsfreiheit hemmt. Ein Kongress mit einer viel geringeren Delegiertenzahl kann diesen Erwartungen viel eher entsprechen als ein solches Riesenparlament.

Es kommt ja wohl auch noch weiter hinzu, daß weder die einzelnen sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern, noch die Sozialistische Arbeiter-Internationale so reich mit Geld gezeugt sind, daß ihnen die Kosten eines solchen Riesenkongresses keine Last bedeuten. Die recht beträchtlichen Ausgaben, die aus den Beiträgen der sozialistischen Arbeiterschaft bestehen wird, reichen hin, um manche andere Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Angriff zu nehmen oder einzelnen Parteien bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu helfen. Beides aber muß uns allen dringlicher sein als ein Kongress, der in Zeitlängen eingewickelt ist und dessen sachliches Ergebnis den Erwartungen sehr wahrscheinlich nicht entsprechen wird.

Nach den Plenaritzungen arbeiten die Kommissionen, die für alle wichtigen Fragen eingesetzt sind. Die der Internationale anangeschlossenen Parteien entsenden je nach ihrer Stärke in diese Kommissionen bis zu drei Delegierte. In den Kommissionen werden die Klärungen der Probleme ver sucht und um die Formulierung der Beschlüsse des Kongresses gerungen. Die sachliche Arbeit muß in ihnen geleistet werden, wobei allerdings der Befürchtung Ausdruck gegeben werden muß, daß das wegen Zeitmangel kaum mit der Gründlichkeit geschehen wird, mit der es geschehen müßte. Aber immehin: die von der Executive zu den ersten und wichtigsten vier Punkten der Tagesordnung vorgelegten Entschließungen werden von den Kommissionen umgearbeitet und neu formuliert werden. Es ist in dieser Zeitung vor dem Kongress auf das für Sozialisten ungenügende des Inhaltes der Entschließungen zum Punkt Militarismus und Abrüstung und zum Kolonialproblem ausmerksam gemacht worden. Über den Einfluß des marxistischen Flügels in den Kommissionen ist nur gering. Die Mehrheit der deutschen Delegation hat es abgelehnt, vorge schlagene linksstehende Genossen in die genannten wichtigsten Kommissionen zu entsenden.

Unter den Delegierten sind — wie üblich — alle in den Ländern führenden Sozialdemokraten. Für deutsche Delegierte mag es auffällig sein, daß u. a. der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hermann Müller, nicht anwesend ist und daß für Hilferding, der zuerst als Referent über die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse vorgesehen war, ein Ersatz beschafft werden mußte. Beide Genossen glaubten, daß ihre Ministeriegenossenschaft und wahrscheinlich auch Rücksichten auf die Koalition, ihre Anwesenheit auf dem dritten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale verbietet. Uns scheint, daß dieser Vorgang der recht bedenkliche Ausdruck der noch bedenklicheren Auffassung ist, „nationale“ Rücksichten und Rücksichtnahme auf den Klassengegner den Verpflichtungen eines internationalen Sozialisten überzuordnen. Sei es auch nur vorübergehend. Genosse Hermann Müller ist noch Parteivorsitzender und da er sich gegenwärtig sogar auf Urlaub befindet, hätte er an dem Kongress in Brüssel teilnehmen sollen. Wir glauben, daß er gerade als Reichskanzler, der er doch nur geworden ist, weil die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale das wichtigste Instrument ihres Kampfes sieht, der Partei bei den letzten Wahlen einen Sieg erhofft hat, bestrebt sein müßte, die engste Verbundenheit seiner Tätigkeit mit den Aufgaben herzustellen, die sich aus der internationalen ökonomischen und politischen Situation für die Arbeiterklasse ergeben.

Uebrigens hat es früher schon in anderen Ländern sozialistische Minister gegeben, ohne daß für sie ihre Ministeriegenossenschaft Grund gewesen wäre, sich von internationalem sozialistischen Kongress fernzuhalten, wie das diesmal Müller und Hilferding getan haben. Nicht weil wir meinen, daß sonst die Freude über diesen Kongress noch gesteigert werden könnte, sondern weil wir die Überordnung einer von uns aus ganz unangebrachten Rücksichtnahme auf „nationale“ Gesichtspunkte über die internationalen Pflichten für ein Symptom, und zwar für ein gefährliches Symptom halten.

Auseinandersetzungen über die Ab- rüstungsfrage

SPD Brüssel, 8. August (Radio)

In der Abstimmungskommission wurden am Dienstag eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, die zum Teil annehmbar erscheinen. Andere stehen jedoch in Tendenz und Inhalt in unzweideutigem Widerspruch mit dem Resolutionsentwurf, der von der Executive der Internationale auf Grund von Vorschlägen der Sonderkommission für Abstimmungsfragen im Februar 1928 einstimmig angenommen wurde. Am stärksten richtet sich der Widerspruch gegen einen Antrag, der den Totalabstimmungsvorschlag der Sowjetregierung in Gang wünscht, während der Entwurf der Executive eine vollständige Abstimmung unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine Illusion bezeichnet. Dieser Auffassung haben sich damals auch die Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der britischen Arbeiterpartei angeschlossen, die jetzt den bezeichneten Antrag eingebracht haben.

Die Welt in Waffen

Trotz Abstimmung und Kriegssächtung!

Während man sich in Paris ansieht, mit viel Pomp und Pathos den Kelloggkampf zu unterzeichnen, und versucht, der moralischen Forderung der zivilisierten Welt nach „Achtung“ des Krieges ein reinlich untaugliches Instrument des europäisch-amerikanischen Weltordnungssystems entgegenzusetzen, berät in diesen Tagen der Brüsseler Kongress der Arbeiterinternationale über die praktische Bekämpfung der Kriegsgesellschaft.

Leider hat er allen Anlaß dazu. Denn während die Regierungsherrschaft in Paris angelegten Großmächte schöne Reden von der Friedsgerichtsbarkeit als dem geeigneten Eratz bewaffneter Aus-

einandersetzungen führen, steht tatsächlich noch vor allem der europäische Kontinent in Waffen, wie in der frisch-fröhlichen deutsch-österreichisch-russischen Kaiserzeit.

Frankreich voran. Seine Sammlerübung läßt sich augenblicklich gar nicht recht präzisieren, da sich immer noch die „Abstimmungswürfe“ in der „Heereskommission“ der Kammer lagern. Die militärische Kraft des Landes ist durch „Grenzschutz“, „Ausbildungsbataillone“, „Aktiv“ und „Reserveverbände“, „Territorialarmee“ usw. so ineinander verschachtelt, daß sie sich schwer bestimmen läßt. Trotz der Heraubminderung der Dienstzeit auf 16 bzw. 14 Monate zieht die „active Armee“ momentan immer noch 428 000 Mann. Im Kriegsfall wird das französische Heer mit allen ausgebildeten und technisch vorzüglich ausgerüsteten Reserveverbänden halb Millionen Mann stark sein! Die technische Ausrüstung des französischen Heeres aber ist enorm: 35 000 Maschinengewehre, 367 leichte Batterien, 408 schwere Batterien, 5800 Tanks, 2100 Kriegsluftfahrzeuge.

England. Die Dienstzeit wurde 1926 grundsätzlich auf 18 Monate festgesetzt. Vorzeitige Beurlaubungen aus persönlichen oder Staatsgründen sind zulässig, haben jedoch eine Mindestdienstzeit von sechs Monaten zur Voraussetzung. Die Teilnahme an den Jugendausbildungskurzen der Nationalmilitiz — zu denen zur Zeit 70 000 junge Leute sich gemeldet haben — gewährt Anrecht auf eine entsprechende Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Die Bildungskräfte des Heeres wurde auf 220 000, die Mindeststärke auf 150 000 Mann festgesetzt.

Die technische Ausrüstung beträgt: 9000 Maschinengewehre, 276 leichte Batterien, 192 schwere Batterien, 100 Kampfwagen, 120 Kriegsluftfahrzeuge. Die Stärke des „Kriegsheeres“ beträgt 3 Millionen Mann.

England. Dienststärke: 144 000 Mann. Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven: 370 000 Mann, 6000 Maschinengewehre, 82 leichte Batterien, 30 schwere Batterien, 500 Kampfwagen, 1200 Kriegsluftfahrzeuge.

Italien. Dienststärke: 200 000 Mann, Kriegsstärke der ausgebildeten Reserven 600 000 Mann, 6000 Maschinengewehre, 188 leichte Batterien, 63 schwere Batterien, 90 Kampfwagen, 143 Kriegsluftfahrzeuge.

Ehemalige Mittelmächte. Die bekannten Zwangs-Militärs. Gegenüber den heutigen „Militärsstaaten“ gegenüberzustellen, können wir getrost den deutschen Generälen und ihren Gatten überlassen. Ein „Kriegerheer“ aus lauter Feldwebeln und Sergeanten zählt trotz seiner technischen Entwicklung ganz anders wie eine Gelegenheitsoldatenarmee, obwohl ja gerade die starken französischen „Kaders“, d. h. die aktiven Ausbildungsmänner dieser sogenannten „Militärs“, sehr wenig von den deutschen „Söldnern“ zu unterscheiden sein.

So starzt die alte Welt immer noch in Waffen — trotz Abstimmung und Kriegssächtung!

Wie das Reich betrogen wird

64 000 Steuerhinterziehungen festgestellt

Wie wir der sozialistischen Zeitung entnehmen, wird in einer Denkschrift, die der Reichsfinanzminister dem Reichstag überlandet hat, nachgewiesen, daß im Jahre 1927 nicht weniger als 247 386 831 Mark Einnahmen aus den Geldstrafen für die Hinterziehung von Steuern und Verbrauchsabgaben dem Reich erwachsen sind, die für insgesamt 64 482 Fälle von Steuerhinterziehungen festgesetzt werden mußten. Diese Summe wäre noch höher, wenn nicht durch eine Amnestie Geldstrafen in Höhe von 10,6 Millionen Mark erlassen worden wären.

Am meisten ins Gewicht fallen die Vergehen gegen die Verbrauchsabgaben, besonders die Tabak-, Bier- und Zuckersteuer. Hier wurden 19 478 Fälle von Hinterziehungen festgestellt, die mit 181,9 Millionen Mark Geldstrafe belegt wurden. Bei den Einzelsteuern kamen 31 680 Fälle in Höhe von 13,5 Millionen Mark in Frage. Hieron wurden 249 Fälle amnestiert. Die meisten Amnestierungen für diese Steuerart fanden in Berlin statt.

Auf dem Gebiet der Zölle, der Ein- und Ausfuhrverboten waren 11 749 Fälle mit 95,6 Millionen Mark Geldstrafe belegt worden, von denen 2665 Verurteilungen den Gnadenbrief erhalten. In dieser Kategorie stand Köln an der Spitze, während in Berlin nur 16 solcher Straffälle vorlagen, von denen sechs erlassen wurden.

Von den 1477 Vergehen gegen das Brandweiamonopol, für die mehr als 25 Millionen Mark Geldstrafe verhängt worden waren, wurden 303 Fälle im Betrage von ungefähr 1,8 Millionen Mark amnestiert.

Mißlage eines Kleinstaates

Finanzschwierigkeiten in Oldenburg

Z. N. Im Freistaat Oldenburg sind in den letzten Wochen eine so große Anzahl landwirtschaftlicher und städtischer Kreditinstitute zusammengebrochen, daß für einzelne Gemeinden und schließlich auch für die Staatsverwaltung eine nicht unbedeutliche Lage entstanden ist.

In Bremen wird das Defizit der Städtischen Sparkasse jetzt mit 700 000 M. angegeben, die durch die Stadt zu deren Verlust werden sollen, wozu jährlich ungefähr 100 000 M. über den laufenden Etat aufzubauen wären. Dies soll geschehen durch eine Kopfsteuere von 8 M. auf jeden Einwohner, Erhöhung der Gas- und Wasserpreise, Abbau des Etats für das Schulwesen und Einschränkung der Beamtenzahl. In Gronau hat die Spar- und Darlehnskasse infolge des Konkurses eines Großholzhändlers einen Schaden von rund 250 000 M., an dem auch die Oldenburgische Landwirtschaftsbank nicht unbedeutend beteiligt ist. Die Amtssparkasse Bielefeld ist mit einem Defizit von 100 000 M. aufgelöst worden; in Oldenburg, Bremen, Bremen-Hastedt, Bremen-Lübeck sind die dortigen landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengebrochen; die Spar- und Darlehnskasse von Schneverdingen und Ahlhorn sind mit je 100 000 M. zahlungsunfähig geworden. Die Stadt Brake hat ein Defizit von 150 000 M. und konnte ihren Beamten das volle Gehalt nicht auszahlen; auch die Stadt Jever muß zur Deckung ihres Defizits eine Kopfsteuere erheben.

Die Oldenburgische Staatsbank hat zur Zeit eine Goldenslast von 31 Millionen Mark, deren Zinsen, Dienst und Tilgung fast 2 Millionen erfordern. Herner hat der Freistaat Oldenburg noch 11 bis 12 Millionen Mark kurzfristige Schulden.

Zur richtigen Einschätzung dieser Ziffern muß man sich gegenwärtig darstellen, daß der Freistaat Oldenburg eine Gesamteinwohnerzahl von rund 540 000 hat, die von 4 Ministern, einem Parlament von 40 Mitgliedern regiert und durch eine eigene Justizverwaltung justifiziert werden.

Krise noch nicht akut

Die Thüringer Demokraten leben

Als Weimar wird dem Soz. Pressedienst geschrieben: Während die linksdemokratische Presse Thüringens fürchtet den Austritt der Demokraten aus der Republik, verlangt, haben wir Grund zu der Annahme, daß die beiden demokratischen Landtagsabgeordneten nicht dieser Auffassung sind, da sie die Überstimzung der demokratischen Minister im Kabinett als ein eben hinzunehmendes Ergebnis demokratischer Abstimmung ansehen. Gemäßigt sagt ein rechtsstehendes demokratisches Blatt: „Da die Minister Paulsen und Deutelauer zur Zeit auf Urlaub sind, ist die Krise noch nicht akut.“ Die Demokraten wollen am Sonntag in ihren Instanzen zu der Situation Stellung nehmen. Es ist aber sehr die Frage, ob sich diese Körperschaften gegenüber den beiden demokratischen Landtagsabgeordneten durchsetzen werden.

Der Sozialdemokrat erwidert: Ich vor mehreren Tagen die Landtagsauflösung als einzige Möglichkeit derklärung für die thüringische Politik bezeichnet. Die Kommunistische Partei, darauf aufmerksam gemacht, verfügte nun im Schnellauf, der Sozialdemokrat das Rennen abzugeben. Sie hat deshalb den Landtagspräsidenten Genosse Leber, den sie sonst nicht genug schätzen kann, erachtet, den Landtag sofort einzuberufen. Genosse Leber hat diesem Verlangen nicht stattgegeben können, da dem Antrage die verfassungsmäßige Zahl der Unterschriften fehlt. Nunmehr erwarten die Kommunisten, daß die Sozialdemokraten ihrem Antrage zu stimmen. Die Sozialdemokratie ist stark genug, aus eigener Kraft den Landtag einzuberufen, wann immer und wie oft immer sie will und braucht die Kommunisten nicht dazu.

Landbundterroristen

Dass der Terror bei den Landbündlern sehr besteht ist, ist hinreichend bekannt. Trotzdem ist es notwendig, immer wieder einmal zu zeigen, mit welchen Mitteln der Landbund arbeitet. In einem Beschluss über sogenannte „Selbstschuhmaßnahmen“, den der Vorstand des Landbundes Güten gefasst hat, heißt es u. a.:

1. Wir übernehmen die Jurisdiktion im Verkehr mit Nichtmitgliedern, da wir es als ehrenhaft angesehen, heute nicht dem Landbund anzugehören. Wir vermeiden mit ihnen jeglichen gesellschaftlichen Verkehr, auch in Gasthäusern und beim Spiel.

2. Wir leisten Nichtmitgliedern, auch wenn sie zur Nachbarschaft, Freundschaft, Verwandtschaft gehören, keinerlei Gefälligkeiten mehr und nehmen von ihnen keinerlei Gefälligkeiten, auch wenn es uns Opfer kostet, an. Dafür versprechen wir Mitglieder des Landbundes, uns gegenseitig jegliche Hilfe in Notfällen.

3. Nichtmitgliedern leisten wir keinerlei Güten, weder Gesellschafts-, noch Privatsachen (zum Beispiel bei Hochzeiten), auch nicht für Geld.

4. In Brandställen leisten wir nur Löscharbeiten. Die übrigen Hilfsmaßnahmen: Einstellen von Vieh, Stellen von Saatgut usw. und alle sonstigen Hilfen unterlassen wir grundsätzlich und unter allen Umständen.

5. Handwerker, soweit sie im Nebenerwerb Landwirte sind und daher an der Erhaltung ihrer Scholle interessiert sind, aber nicht dem Landbund angehören, beauftragen wie nicht mehr mit der Durchführung von Arbeiten.

6. Wir besuchen in Zukunft nur noch solche Gutsbesitzer, deren Inhaber oder Väter Mitglieder des Landbundes sind.

7. Das Sprunggeld für Bullen wird für Nichtmitglieder in jedem Falle um 50 Prozent erhöht, soweit nicht Gesetzesbestimmungen diesem Beschluss entgegenstehen.

Wer nicht Mitglied des Landbundes ist, ist Mensch zweiter Klasse. Handwerker, die neben ihren eigenen Vereinen nicht noch dem Landbund angehören, werden in Beruf erklart. Gutsbesitzer werden gezwungen, dem Landbund beizutreten.

Vor den Reichstagswahlen wurde bereits ein gleicher Beschluss thüringischer Landbündler bekannt. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß die Landbundterroristen anderorts genau so verfahren, wenn auch die Beschlüsse nicht immer in die Öffentlichkeit gelangen.

Die Internationale der Kriegsopfer

Von Paul Riemer.

Noch liegt in der ganzen Welt das Echo der Sozialistischen Arbeiter-Internationale von Bielhof: das Bekennen einer Milizionenstreitmacht, nicht müde zu werden im Wirken für einen dauernden Frieden der Völker, und schon werden neue Zeichen unangemessenen Verständigungswillens offenbar. In Berlin treten heute die Abgeordneten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer (Conférence Internationale des Associations de Mutilés de Guerre et Anciens Combattants) zu ihrer vierten Jahrestagerversammlung zusammen. Von Deutschland gehören dieser Arbeitsgemeinschaft die beiden maßgeblichen Verbände, der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, an.

Zweck und Ziel des Zusammenschlusses ist die Pflege eines Erfahrungsaustausches über die Probleme der Versorgung der Kriegsopfer, die Erreichung staatlicher Sicherstellung im Leitsverein zum Zweck wirtschaftlicher Sicherstellung im Auslande tätiger Kriegsbeschädigter und schließlich die Förderung einer friedlichen Verständigung der Völker und die Weggemeinschaft für einen dauernden Frieden.

Die Anfänge waren schwer und der Weg zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden war nicht ohne Hindernisse. Mancherlei Vorsicht und Atempause war notwendig, um Leidenschaften abstimmen zu lassen und um keine Empfindlichkeiten bei den durch den Krieg in ihren tiefen Gefühlen und an ihrem Körper grausam Betroffenen zu erwecken. Das Empfinden für gleiches Leid aber macht schließlich nicht halt an den Grenzen. Die in der ersten Zeit auf rein versorgungsrechtliche Fragen abgestellten Zusammenkünfte ließen sehr bald erkennen, daß die Fortbewegungen ebenfalls die gleichen waren, doch aber auch führen zu drübem Widerstand und Gleichgültigkeit sich hemmend in den Weg stellten. Sehr bald sprach man über die Zukunft, und auch hier stellte man eine Übereinstimmung fest: Abschluß gegen den Krieg und den Willen zur Festigung des Friedens.

Die im September 1925 in Genf stattgefundenen erste internationale Zusammenkünfte der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zeigte das erfreuliche Ergebnis einer Vereinbarung, dauernde internationale Beziehungen durch die Einsetzung einer Jahrestagerversammlung, eines internationalen Vorstandes und eines Sekretariats mit dem Sitz in Genf zu schaffen. Einigkeit wurde weiterhin erzielt in dem Bekennen zum Frieden, wie auch zu den internationalem Einrichtungen: Weltkongress, Internationales Arbeitsamt, Weltgerichtshof, die ausgebaut und demokratisiert, für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen sollten.

Die im Jahre darauf wiederum nach Genf einberufene Jahrestagversammlung stellte auf dem Gebiete versorgungsrechtlicher Fragen den Grundzustand des Anspruchs auf Wiedergutmachung, der Anpassung der Versorgungsgebühren an die Kosten der Lebenshaltung und die Pflicht zur Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten ins Erwerbsleben auf. Auch ein Programm der Arbeit für den Frieden wurde festgelegt: Billigung der Grundsätze der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Ausrüstung.

Im vergangenen Jahre war auch die Stunde gekommen, Bestand, Festigkeit und Wert der Arbeitsgemeinschaft noch außen hin zu bestimmen. Der neutrale Boden Genfs wurde zum erstenmal verlassen, um die dritte Jahrestagversammlung in Wien abzuhalten. Der Erfolg war durchschlagend, so daß der Gedanke, die Zusammenkünfte in denjenigen Ländern vor sich gehen zu lassen, weitergesponnen werden konnte. Zu Beginn dieses Jahres zog der Vorstand in Paris und wurde hier vom Außenminister Brand empfangen.

Nach Wien und Paris wird nun die Reichshauptstadt der deutschen Republik die vierte Internationale Konferenz der Kriegsopfer erstmals auf deutschem Boden empfangen. Mögen die Verhandlungen erneut fundin, daß der Halt und das Mithrauen in den Reihen der Kriegsopfer überwunden ist, daß die Vertreter aller Länder und Nationen bereit sind, nach Kräften zu wirken für die materielle Sicherstellung der Kriegsopfer aller Länder, für den Frieden der schaffenden Arbeit, den Frieden, der die Kulturmärkte und Kulturräume in aller Welt zum Wirken freimacht und dadurch die Wunden heilt, die der Weltkrieg geschlagen hat.

Die hilfreiche Reichswehr

Der Militär- und Kriegerverein in Grunau bei Hirschberg im Altvorarlberg besitzt keinen eigenen Schießstand. Um ihm aber die gesuchte Knallerei zu ermöglichen, veranstaltet der Offiziers- oder Unteroffiziersverein des Hirschberger Jägerbataillons ein sogenanntes Vereinsgeschäft und lädt den Militär- und Kriegerverein Grunau dazu ein. Auf diese Weise kommt der Verein zu seinem Vereinsgeschäft. Aber auch in anderer Beziehung ist das Hirschberger Jägerbataillon äußerst entgegenkommen. Wenn die Grunauer Krieger zu einem Vereinsfest mit „Kavallerie“ auszücken, läßt das Jägerbataillon die fehlenden Sättel; dem Boberrhodorfer Kriegerverein wurden sogar die fehlenden Häuse vollständig gestaltet zur Verfüllung gestellt und nach Schluss des Feier von den Jägern wieder abgeholt.

Der Kommandeur des Jägerbataillons scheint demnach zu glauben, daß die aus Mitteln der Allgemeinheit erhaltenen Reichsgräber dazu da ist, den Krieger- und Militärveteranen Vorteile zu verschaffen. Die Jäger sind unteres Wissens nicht dazu da, als „Burzonen“ der Kriegervereinler zu fungieren. Diese Vorgänge sollten dem Reichswehrminister Anlaß geben zu einer Untersuchung. Hinsichtlich werden dabei auch die Fragen beantwortet: Ist der Bataillonskommandeur berechtigt, staatliches Eigentum an die Kriegervereine zu verleihen? Sind die Reichswehrsoldaten Schnupfer der Kriegervereinler, und wer haftet für den eventuellen Schaden, der an dem staatlichen Eigentum entsteht?

Unsere Reichsbahn!

Z. N. Berlin, 7. August.

Im Bereich des Reichseisenbahns sind mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab 100 Stellen für höhere Beamte bestellt worden, während die vom Verwaltungsrat genehmigten 2500 Stellen für mittlere und untere Beamte nicht zur Besetzung freigegeben wurden.

Wie dringend notwendig die Unterstellung der Reichsbahn unter die allgemeine Arbeitsaufsicht ist, beweisen folgende Vergleichszahlen aus der Privatindustrie und den Eisenbahnreparaturwerkstätten.

Auf je 100 Versicherte wurden am Unfälle gezählt: Bei der Deutschen Eisenbahnbergenossenschaft 9,3 Prozent, bei der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berugenossenschaft 10,8 Prozent, bei den Nordostdeutschen Eisen- und Stahl-Berugenossenschaften 12,9 Prozent, in den Eisenbahn-Ausbesserungswerken aber 14,7 Prozent.

Bon Kühen angegriffen. Auf einer Weide in Bielitz bei Zantow schliefte ein Hund vor angreifenden Kühen unter den Nod einer Landwirtstanz. Die Kuh, 15 an der Zahl, fielen nun mehr wie rasend über die Frau her und brachten ihr am ganzen Körper Verwundungen bei. Die Angegriffene wurde nur durch die Hilfe einer anderen Frau vor dem sicheren Tode bewahrt.

Geschäft und „Gesinnung“

Die Moral der „Neuen Leipziger“

Die Neue Leipziger ist die Zeitung, die in ihren Spalten jederzeit mit viel „Radikalismus“ und Eifer für soziale Gerechtigkeit eintritt. Das sind Worte, Redensarten und wird genau so aus Geschäftsgründen von ihrem Verlagsdirektor angeordnet, wie die Ausbeutung ihrer Arbeiter und Angestellten. Ein besonders krasser Fall dieser „sozialen Gesinnung“ spielt sich dieser Tage vor dem Leipziger Arbeitsgericht ab. Der Deutsche Verkehrsverbund hat sich nämlich gewungen, Feststellungslage gegen die Leipziger Verlagsdruckerei (die Druckerei der Neuen Leipziger Zeitung) zu erheben.

Der Tatbestand: Zwischen der Leipziger Fahrtstelle des Verkehrsverbundes und der Leipziger Verlagsdruckerei ist ein Haustarifvertrag abgeschlossen. Der Grundlohn beträgt fünfundachtzig Prozent des Buchdruckerlohn für Leipzig. Für regelmäßige Nacharbeit wird ein Nachtzuschlag von fünfundzwanzig Prozent des Grundlohnes gewährt. Den selben Zuschlag erhalten die Arbeiter als sogenannte Sonnagsjour für Nacharbeit vom Sonntag auf Montag. Bei Betriebsunfällen wird den Arbeitern laut Haustarif (auf die Dauer von höchstens sechs Wochen) der Unterschied zwischen Lohn und Krankengeld von der Firma ausgezahlt. Auf diese Weise sollen die Arbeiter auf Grund eines Betriebsunfalls keinen wirtschaftlichen Nachteil erleiden.

Die Feststellungslage des Deutschen Verkehrsverbundes soll nun klargestellt werden über einen strittigen Punkt des Haustarifs (Haftpflicht). Als nämlich zwei Angestellte der Leipziger Verlagsdruckerei einen Betriebsunfall erlitten, verlangten sie für die Dauer ihrer Erkrankung von der Firma die tatsächlich ausbedeutete Auszahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn. Bei der Gelegenheit stellte sich aber heraus, daß das Unternehmen nur die Differenz zwischen Grundlohn und Krankengeld auszahlt wollte. Die Angestellten der Verkehrsverbund nehmen jedoch den Standpunkt ein, daß der tatsächliche gezahlte Lohn einschließlich der

regelmäßigen gezahlten Nachtzuschläge) als Berechnungsbasis zu gelten habe.

In der Arbeitsgerichtsverhandlung, die unter Vorst. von Dr. Auerswald stattfand, machte ein Genosse vom Deutschen Verkehrsverbund grundsätzliche Ausführungen zu dem Streitfall. Es widerspricht dem Sinne des betreffenden Absatzes des Haustarifvertrages, den Grundlohn als Berechnungsgrundlage für den von der Firma zu zahlenden Krankengeldzuschuß anzunehmen. Der Prokurator des Leipziger Verlagsdruckerei wollte aber nicht von seinem Standpunkt abweichen.

Als Dr. Auerswald nun hörte, daß der Streitfall nur um zwei Betriebsangehörige ging, riet er dem Organisationsvertreter, die Betriebslage zurückzunehmen, da diese bis zum Reichsgericht gehen könne. Es liege doch im Interesse der beiden Arbeiter, daß die Klage möglichst bald entschieden werde. Es ist deswegen vorteilhafter, wenn die beiden einfach in ihrem Namen Klage erheben. Der Gewerkschaftsvertreter gab auf diese Anregung folgende, für die Zustände im Betriebe der Leipziger Verlagsdruckerei kennzeichnende Antwort:

„Das können wir nicht riskieren, da bestünde die Gefahr, daß man das den beiden entgleiten läßt!“

Der Prokurator erklärte falfischäufig, daß es sich hier um eine prinzipielle Frage handle und lehnte auch einen Vertrag vorschlag, der an den grundjährlichen Fragen nichts geändert hätte, ab.

Man könnte diesen prinzipiellen kapitalistischen Profilstandpunkt auch „verständigen“, wenn nicht etwas anderes hinzukäme. Der Genosse vom Verkehrsverbund erklärte nämlich ausdrücklich, daß bei den Tarifverhandlungen übereinstimmung und festgestellt wurde, daß der tatsächlich gezahlte Lohn (einschließlich aller Zuschläge) als Berechnungsgrundlage für das Krankengeld zu dienen habe. Auf diese im ganzen Zusammenhang sensationell wirkende Erklärung schwieg der Vertreter der belagten Firma, so daß die Klage weiter geht. Es wird dann nach Feststellung des Vorhabens unter Umständen ein Jahr dauern können, bis die beiden Arbeiter ihr Geld erhalten.

Wir möchten ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, daß der Standpunkt der Firma, es handle sich hier um eine prinzipielle Angelegenheit, eine faule Ausrede ist. Der Organisationsvertreter schlug ausdrücklich einen Vergleich vor, damit – ohne jede prinzipielle Festlegung – die beiden Leute zu ihrem Gelde kommen. Vergedens:

Dem Unternehmen der Neuen Leipziger entspricht es, in der Zeitung mit „sozialer Gesinnung“, im Betrieb mit Scharsmacherium und Ausbeutung ihr Geschäft zu machen!

Alles in allem nennt man das „kapitalistische Gesinnung“! – Es ist in Wirklichkeit ein großer Verstoß gegen Treu und Glauben, wie der Organisationsvertreter feststellte, Verträge abzulösen, Dinge auszumachen, und sich nachher nicht daran zu halten. Das Maul voll nehmen und dann nichts dahinter als reaktionäre Gesinnung, das ist die Moral der Neuen Leipziger und ihres Betriebes!

Das italienische U-Boot gehoben

Die 31 Mann starke Besatzung tot

Pola, 7. August.

Einem Marine-Kontor ist es heute abend um 6,30 Uhr gelungen, daß vor 34 Stunden gesunkene Unterseeboot F 14 die Oberfläche des Wassers zu bringen. Leider ist das Rettungswerk vergeblich gewesen; denn die gelamierte Besatzung von 31 Mann ist infolge der Entwicklung von Chlorwasserstoff im Innern des Unterseeboots ums Leben gekommen.

Gegen die Todesstrafe

Der Justizmord an Jakubowski von Rudolf Olden und Josef Bornstein. Tagebuchverlag, G. m. b. H., Berlin SW 48, 63 S. Preis 75 Pf. (In der Volksbuchhandlung, Tauchaer Str., und ihren Filialen zu haben.)

Der Kampf um Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland nähert sich seinem Ende. Die Strafrechtsreform, die, da sie im versessenen Reichstag nicht durchgebracht werden konnte, das Werk des gegenwärtigen Reichstags werden soll, behält die Todesstrafe, ein Überbleibsel aus der Feudalzeit, bei. Der Rechtsausbruch des vorigen Reichstages billigte im November 1927 diese Stellung. Im neuen Reichstag hat die SPD sofort einen Antrag eingebracht, der die Abschaffung der Todesstrafe schon vor der Verabschließung der Strafrechtsreform fordert. Das Hauptargument des Anhängers der Todesstrafe ist, daß bis jetzt kein Fall der Hinrichtung eines Unschuldigen bekannt geworden sei. Im neuen Reichstag wird sich kein Freund der Todesstrafe mehr auf dieses fadenscheinige Argument stützen können.

Die Schrift Oldens und Bornsteins widerlegt es schlagend. Niemand wird sie ohne tiefe Ershütterung lesen können. Das Schicksal Jakubowskis, dieses armen, durch den Krieg nach Deutschland verschlagenen polnischen Landarbeiters, den die Justizmaschinerie zermaßte, wächst weit über das Eingangsziel hinaus und wird so ein Panal nicht nur im Kampf gegen die Todesstrafe, sondern im Kampf gegen die Klassenjustiz überhaupt. Das, weil von innerster persönlicher Anteilnahme für einen unfähig Gemordeten getragene, glänzend getragene, glänzend geschriebene Werke sind vielleicht der wertvollste Beitrag, der in den letzten Jahren gegen die Todesstrafe veröffenlicht worden ist. Sie weist überzeugend nach, daß an Jakubowski in jedem Stadium seiner Sache schwarze Massen aus. Die Seismographen des Observatoriums befinden sich seit über einem Monat inbebaut Bewegung und haben zahlreiche Erdstöße und lokale Erdbeben verzeichnet.

Die Mitteilung des Observatoriums schließt mit der Feststellung, daß dieser Ausbruch noch einige Tage andauern könnte, aber die um den Vesuv gelegenen Dörfer sich nicht beunruhigen brauchen.

Vulkanausbruch im Stillen Ozean

TU Amsterdam, 7. August.

Die Sunda-Insel Flores wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von einem vulkanischen Ausbruch und einer Springflut heimgesucht. Zwanzig Schiffe sollen untergegangen sein. Das Unglück soll viele Menschenopfer gefordert haben. Einzelheiten fehlen noch.

Auf der benachbarten Insel Soenawa wurden am Sonnabend um Mitternacht die starken Vulkanausbrüche wahrgenommen. Den ganzen Sonntag über fiel ein leichter Aschenregen.

Das fällige Eisenbahnunglück

SPD Hannover, 7. August.

Am Dienstagmorgen, gegen 3 Uhr, entgleiste die Lokomotive, die Packwagen und drei Wagen eines Güterzuges. Die Güterwagen wurden vollständig zertrümmert, der Packwagen leicht beschädigt. Ein Beamter erlitt erhebliche Verletzungen. Die Gleise waren mehrere Stunden hindurch gesperrt. Die Untersuchung ergab, daß Gleis und Weiche in Ordnung waren. Man vermutet, daß die Maschine in der ziemlich scharfen Kurve aus dem Gleis gesprungen ist.

Ein Großflugboot

SPD Berlin, 8. August (Radio)

Der Verlauf des ersten Probefluges des neuen Romanz zweiter Flug erfolgte nachmittags mit einem Fluggewicht von rund 14.500 Kilo und einer Startzeit von nur 30 Sekunden. Der Flug führte über der Böhmischen Bucht und endete nach einstündiger Dauer wieder auf der böhmischen Wiese. Infolge der guten Ergebnisse dieser ersten Flüge wird bereits morgen mit der Vervollständigung der Ausrüstung begonnen, um dann nach endgültiger Ausrüstung der Maschinen in 14 Tagen die Leistungs- und Abnahmeflüge durchzuführen.

Die Tuberkulose in Bulgarien

SPD Sofia, 6. August.

Auf Anordnung des Kultusministeriums wurden in verschiedenen Schulen des Landes ärztliche Erhebungen über die Verbreitung der Tuberkulose unter den Kindern gemacht, die innerhalb Europas bekanntlich am stärksten in Bulgarien auftritt. Das Ergebnis, das jetzt mitgeteilt wird, ist erschreckend und dürfte einzig dastehen. In den meisten Schulen entfallen

auf 100 Kinder 40–54 Tuberkulosekranken.

So in Sofia 45, in Ruse 40, in Pleven 40, in den Donauhäfen Widin 54 und Ruse 52, in Schumen 44 u. a. m. Die Tuberkuloseepidemie läßt das soziale und wirtschaftliche Elend der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten Bulgariens grauenhaft deutlich erkennen. Der sozialistische „Rakod“ fordert von der Regierung beschleunigte Maßnahmen zur Bekämpfung dieser verbreiteten und verheerenden Volkskrankheit.

Neuer Besucherausbruch

WTB Rom, 8. August.

Nach einer vom Besucherausbruch erfolgten Mitteilung öffnete sich gestern gegen Mittag im südwestlichen Abschnitt des Besucherausbruchs ein starker Lavastrom hervorquillt. Die sehr flüssige und hellleuchtende Masse bildete einen ovalen See von etwa 70 Meter Durchmesser, aus dem sich zwei weißglühende Ströme ergieben. Der kleine Eruptionstiegel, dessen Spitze in einer Länge von etwa 30 Meter abgeplattet wurde, wirkt unter starken Explosionsen aus einer etwa 40 Meter im Durchmesser betragenden Dose verheerend.

Verbandstag der Lithographen

In den Rosenjälen zu Jena tagte das Parlament der Lithographen und Steindrucker vom 29. Juli bis 3. August, um Rückbau und Außbau zu halten über die Arbeiten und Aufgaben des Verbandes. Der gedruckt vorliegende, sehr umfangreiche Bericht, der durch den Vorsitzenden hat seine mündliche Ergänzung fand, gibt ein umfassendes Bild der Tätigkeit des Verbandes auf gewerkschaftlichem und sozialem Gebiet. Die Diskussion darüber zeigte eine solche Übereinstimmung, die auch die Kommunisten in der Front fand. Nur in einem Falle glaubten sie, ihr besonderes Parteilinteresse wahren zu müssen, und zwar wegen des Aufrufs im Verbandsorgan zu den Maiwahlen, worin bekanntlich zur Wahl von Sozialdemokraten aufgerufen wurde. Doch als die Delegierten mit allen gegen 9 Stimmen nichts daran auszusehen hatten, verebte auch diese künstliche Entrüstung. Dabei stand wenigstens einer der Kommunisten den Mut, von der Schamlosigkeit Lososomski abzurücken, der die leitenden Instanzen der Gewerkschaften als Streikbrecher und Agenten des Kapitals bezeichnete. Hoffentlich trifft den Mutigen nicht gleich der Baumstrahl des Kreml.

Als dringlichste der Forderungen, die bei den Tarifabschlüssen zu verwirklichen sind, wurden zum Beschluss erhoben: Verkürzung der Arbeitszeit (zur Zeit 48 Stunden), Verringerung der Zahl der Überstunden, Vermindeung der Lebelszahl, wo die Arbeitslosigkeit als Massenerholung austritt, paritätische Kontrolle der Lehrlingsausbildung, mehr Ferien und Einführung des Krankenlohnas.

Lebhafte wurden die Auseinandersetzungen bei der Frage des Abschlusses von Tarifen mit Zwangorganisation. Unter diesen dürfen organisierte Gehilfen nur bei organisierten Unternehmen arbeiten und organisierte Unternehmer dürfen nur organisierte Gehilfen beschäftigen. Die Zweitmöglichkeit solcher Bestimmungen für die Gewerkschaften waren schon immer umstritten, und sie ist seit Einführung des BAG sicher nicht günstiger geworden. Beschlossen wurde, solche Zwangsbestimmungen in die Tarifverträge nur aufzunehmen, wenn die Unternehmerverbände bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Trotzdem der Verband seine Tarifverträge seit 1924 ohne Hilfe des Schlächters abschloß — und er ist dabei gut gefahren — mußte er selbstverständlich zur Schlachtordnung und ihrer Auswirkung Stellung nehmen. Die Diskussion hierüber war betrübt durch ein instruktives Referat des Genossen Röpke über „Das neue Arbeitsrecht und seine Bedeutung“. Waren auch die Meinungen über den Grad der notwendigen Änderungen der Schlachtordnung geteilt, so führten sie doch zu folgendem Beschluss:

Das geltende Schlachtordnungswesen hat den Anforderungen, die Gewerkschaften an dasselbe stellen müssen, nicht immer entsprochen. Es ist nicht der Zweck des Schlachtordnungswesens, mit Hilfe der Verbindlichkeitserklärungen die Kampffreiheit der Gewerkschaften zu beschränken. Ebenso kann es seine Aufgabe sein, kapitalistische Profitinteressen wahrzunehmen. Die Unternehmer verhindern mit allen Mitteln die Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat. Dadurch vermischen sie jeden Anspruch an besondere Schutz. Aus diesem Grunde muß das Schlachtordnungswesen so umgestellt werden, daß nur die Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beantragen dürfen. Nur in besonderen Fällen kann dem Staat das Recht zuerkannt werden, zur Wahrung von Allgemeininteressen von Amtswegen einzutreten.

Wie auf allen Tagungen der Gewerkschaften, nahm die Debatte über Rationalisierung und ihre Folgen für die Arbeiterschaft einen weiten Raum ein. Dass längere Arbeitszeit und höhere Löhne die vordringlichsten Forderungen sind, die der Verwirklichung harren, und dass sie auch die wirklichen Hilfsmittel gegen die gefährliche Auswirkung kapitalistischer Rationalisierung sind, ist bereits zum Allgemeingut der gesamten Bewegung geworden. Ebenso die Notwendigkeit, die Opfer der Profitmacher nicht untergehen zu lassen. In der Entschließung, die der Verbandstag zur sozialen Gesetzesgebung angemommen hat, fordert er: Wegfall der Wartezeiten in der Arbeitslosenversicherung, Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle ausgesteuerten Arbeiter, Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre, und Zusammensetzung der gesamten sozialen Gesetzesgebung in ein Gesetz.

Die Statutenberatung ergab nur einige geringfügige Änderungen. Um die Kampfkraft des Verbandes weiter und rascher zu stärken, wurde der Beitrag von 2 Mark auf 2,20 Mark in der Woche erhöht, wodurch dieser immer noch nicht die Höhe der durchschnittlichen zwei Stundenlöhne erreicht hat, wie es vor dem Kriege üblich war.

—n.

Wie die Kommunisten die Gewerkschaften erobern

Auf dem soeben geschlossenen Kongress der sogenannten Kommunistischen Internationale erklärte Bucharin als Referent über die Weltlage u. a.:

„Die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie ist die Orientierungslinie der Kommunisten. Je schärfer der Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer wird, um so energischer muß die Eroberung der sozialdemokratischen Massen betrieben werden. Das wichtigste Problem der Einheitsfront ist die Arbeit in den Gewerkschaften.“

Die Ausführung dieser Parole hat die Bezirksleitung der KPD Halle bei den Wahlen der Metallarbeiterdelegierten zum Hamburger Gewerkschaftsamt alle bis jetzt gegen die an führender Stelle stehenden sozialdemokratischen Gewerkschafter begangenen Gemeinheiten übertrumpft. In Flugsätzen und in der kommunistischen Presse wurde neben der üblichen Schimpferei die handgreifliche Lüge verbreitet, der Spitzenkandidat der Amsterdamer Richtung, Bezirksleiter Röhlert, Halle, sei ein Streikbrecher. Der ganze Parteapparat der KPD wurde seit Wochen in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt. Und das Ergebnis? Für die Amsterdamer Liste Röhlert wurden 8727, für die kommunistische Liste Schumann, Leipzig, 3448 Stimmen abgegeben. Rechnet man das Ergebnis der Wahl in der Stadt Magdeburg hinzu, das ebenfalls zum Bezirk Halle gehört, dann ergeben sich für Amsterdum 12183, für Westau 4180 Stimmen. Außer in Halle und Wittenberg haben die Kommunisten in keiner einzigen Verwaltungsstelle die Mehrheit der Stimmen zu erringen vermocht, selbst in den ganz wenigen Ortsgruppen nicht, die heute noch eine kommunistische Verwaltung haben. Kein Wunder, daß das Hallische Volksbeweisblatt sich beharrlich weigert, das Ergebnis zu veröffentlichen.

Wie die Metallarbeiterfunktionäre über die hundsgemeine Hebe der KPD denken, das kam auf einer Konferenz der Bevollmächtigten und Geschäftsführer, sowie der Mitglieder der erweiterten Bezirkskommission recht deutlich zum Ausdruck. Einmalig wurde der Bezirksleiter das Vertrauen ausgesprochen, auch von dem der Kommunistischen Partei angehörigen Geschäftsführer Schaufler in Wittenberg, der darüber hinaus die perverse Kampfweise des Hallischen Klassenkampfes verurteilte. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Eilenburg, Müller, bis vor kurzem noch Mitglied der KPD, erklärte, daß er froh sei, nicht mehr Mitglied der KPD zu sein, er fühle sich jetzt frei, und erhalte keine Anweisungen mehr über sein Verhalten in den Gewerkschaften.

Mit etwa 50 gegen zwei Stimmen (Drescher, Halle, und Betsch, Könnern) wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Kampfweise der kommunistischen Kreise aufshärtig verurteilt, die Behauptungen gegen den Bezirksleiter als schamlose Verleumdung gezeichnet und diesem das volle Vertrauen ausgesprochen wird.

Gemeinde- und Staatsarbeiter

Verbandstag in Köln

J. K. Köln, den 7. August 1928.

Ein Überblick über die Arbeit des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wie er nach schriftlichen und mündlichen Berichten und nach der heutigen Diskussion möglich ist, zeigt viel Erfreuliches. Da ist in erster Linie das verhältnismäßig gute Organisationsverhältnis. Zwar ist der Höchststand von 1920/21 — das war die dritte Hunderttausend der Mitgliedschaft — noch nicht wieder erreicht. Aber die tiefste Nachriegszahl — 190 000 am Jahresanfang 1925 — liegt längst dahinter. Am Ende des Quartals 1928 wurden wieder 237 000 Mitglieder gezählt.

Nun gibt es im Zuständigkeitsbereich des Verbandes nach einer Umfrage zum Jahresanfang 1928 etwa 350 000 Organisationsfähige. Die nicht ganz lückenlose Umfrage ergab in 881 Verbandsfilialen (mit 216 780 Verbandsmitgliedern von 229 608 am Jahresanfang 1928 insgesamt) genau 383 718 Beschäftigte, und zwar

in Gemeindebetrieben 237 053 = 71,0 Prozent

in Betrieben von Kreisverwaltungen 12 670 = 3,8 Prozent

in Betrieben von Provinzverwaltungen 12 455 = 3,7 Prozent

in Betrieben von Staatsverwaltungen 27 927 = 8,4 Prozent

in Betrieben von Reichsverwaltungen 24 622 = 7,4 Prozent

in privaten Betrieben 18 991 = 5,7 Prozent

Durchschnittlich 65 Prozent dieser Beschäftigten gehören dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an.

Daneben sind aber noch zahlreiche, anderen Organisationen angehörige Beschäftigte vorhanden. Im einzelnen werden darüber folgende Ausschlüsse gegeben (Prozentzahlen):

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter	Übrige frei. Gewerkschaften	Verbandsvereinigung	Übrige
Gemeindebetriebe	68,0	6,0	6,1
Betriebe von Kreisverwaltungen	70,0	1,6	8,7
Betriebe von Provinzverwaltungen	51,8	0,9	14,9
Betriebe von Staatsverwaltungen	60,0	3,0	5,0
Betriebe von Reichsverwaltungen	44,1	19,8	4,2
private Betriebe	61,0	17,0	6,9
			24,2

Entscheidend für den Durchschnitt sind die Gemeindebetriebe mit einem Anteil der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands-Mitglieder an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Höhe von 68 Prozent. Soweit der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter je und je Schwierigkeiten mit anderen freigewerkschaftlichen Verbänden hatte, sind auch hier entsprechend die Verhältnisse in den Gemeindebetrieben, wo dem 68prozentigen Anteil des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein Anteil anderer freigewerkschaftlicher Organisationen von 6,6 Prozent gegenübersteht. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband führt sich schon länger durch diese Differenzierung des Organisationsverhältnisses beschwert. Mit dem Verband der Maschinen- und Heizer besteht ein so schlechtes Verhältnis, wie man es im Rahmen des ADGB, der ein ein Spartenorganisation, kaum für möglich halten sollte. Diesem Verband galt wohl auch vornehmlich heute Vortag die Erklärung von Polenius Berlin, der voraussichtlich der neue 3. Vorsitzende des Verbandes werden wird, daß andere freigewerkschaftliche Organisationen nicht besonders erfolgreich seien, wenn sie in die Tarifgebiete des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes eindringen.

*

Ein gutes Ergebnis zeigt der Kassenabschluß. Die Einnahmen aus Beiträgen (für Haupt- und Filialkassen) stiegen von 5,17 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 6,99 Millionen im Jahre 1928 und 6,93 Millionen Mark im Jahre 1927. Besonders bemerkenswert ist eine starke Umstellung der Ausgaben im Laufe der letzten Jahre. Diese Umstellung wird zunächst durch die folgenden Zahlen zusammengezogen aus den Abschlüssen der Haupt- und Filialkassen (in Mark):

	1925	1926	1927
Krankenunterstützung	432 255	562 747	727 383
Arbeitslosenunterstützung	99 808	103 122	104 174
Stierbeunterstützung	113 319	143 856	167 989
Weihnachtunterstützung	37 015	102 306	97 176
Rechtschutz	10 323	13 644	19 261
Zusammen	602 790	1 015 675	1 205 983

Prozent d. Beitragszinsnahmen 13,4 16,05 17,4

In steigendem Maße sind also die Beitragszinsnahmen den Mitgliedern direkt wieder zugute gekommen. Freilich hat dabei der Zwang der Krisenhafte Entwicklung des Arbeitsmarktes stark auslösend gewirkt. Dieselbe Entwicklung hat die Formen der Bewegung beeinflußt, wie sich aus den folgenden Zahlen ergibt (in Mark).

	1925	1926	1927
Agitation	324 447	449 000	612 850
Wohnbewegungen	381 597	416 661	450 810
Streik- u. Gewahrsameunterstützung	56 406	17 677	14 889
Zusammen	702 510	883 947	1 078 499

Prozent der Beitragszinsnahmen 14,75 14,75 15,6

Diesen Beiträge, die „der Bewegung“ — oder dem, was z. B. die „Opposition“ nur als solche gelten lassen will — gewidmet sind, steigen also absolut und prozentual. Sie liegen immer über den Ausgaben für die erstgenannten Unterstützungen. Es läßt sich also durchaus der Ausbau der Unterstützungsseinrichtungen mit dem Kampfcharakter der Gewerkschaften vereinbaren. So ist die grundsätzliche Ablehnung der Invalidenversicherung schwer verständlich, wie sie von den Kommunisten besteht wird. Diese Frage wird nun auch für den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband aktuell, nachdem heute bekannt ist: „Der Verbandstag stimmt grundsätzlich der Schaffung einer Invalidenlosse zu. Er befürwortet den Verbandsvorstand, die notwendigen Vorbereitungen zur Errichtung einer Invalidenlosse vorzunehmen und den Verbandsinstanzen zu unterbreiten.“

Besonders erfreulich ist die starke Steigerung der Mittel, die der Verband für die Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt hat. Es ist in dieser Beziehung auch interessant, daß für die Verbandszeitungen in den Jahren 1925, 1926 und 1927 nacheinander netto 371 000, 417 000 und 451 000 Mk. ausgegeben wurden. Die eigentlichen Bildungsausgaben stiegen wie folgt (in Mark):

	1925	1926	1927
Unterrichtskurse und Bildungsmittel	9 683	46 055	114 600
Bücher und Schriften (netto)	1 048	27 152	25 619
Filiaalkassen:			
Bildungsmittel	37 845	73 034	109 440

Zusammen 48 576 146 241 249 767 Prozent der Beitragszinsnahmen 0,95 2,45 3,8

Bei solcher Steigerung der Bildungsarbeit in den letzten Jahren will es der Verband aber nicht bewenden lassen. Es soll von dem jetzigen Verbandstag eine Entschließung angenommen werden, die besagt, daß „die planmäßige Schulung der Verbandsfunktionäre durch Elementar- und Spezialkurse fortgesetzt und eine entsprechende Erweiterung erfahren“ soll. Die Ortsverwaltungen sollen zukünftig für jedes Geschäftsjahr ein örtliches Bildungsprogramm vorbereiten und „in Ergänzung der zentralen Bildungsarbeit alle neuzeitlichen Mittel der Aufklärung, Agitation und Schulung für die Mitglieder nutzbar machen“.

„Wie wollen eine möglichst einheitliche, innere geistige Struktur unseres Verbands erreichen?“

So hat E. Dittmer, der Verbandssekretär, in der Verbandszusammenfassung der „Gewerkschaft“ den Sinn der Bildungsarbeit des Verbandes gedeutet. Er fügt dem hinzu, was neuerdings nicht mehr überall in der Arbeiterbewegung als selbstverständlich gilt:

„Wir möchten aber mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund gerückt wissen, daß die Basis unserer Schulung wie überhaupt der gesamten Arbeiterschulung der Sozialismus sein und bleiben muß.“

Wenn die Bildungsarbeit des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in solchem Geiste geführt wird, so werden die großen Aufwendungen dafür den besten Ertrag bringen. Mehr jenefalls, als die „neutrale“ Volksbildungsschule Ertrag bringen kann, an der oft genug Gewerkschaftsvertreter beteiligt sind.

Der Arbeitszeit-Schiedsspruch für die westfälische Textilindustrie

Vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes erhalten wir folgende Neuhebung zum westfälischen Arbeitszeit-Schiedsspruch:

Körperschaften geschlossen für die Entschließung, während sich die Unternehmer dagegen aussprachen. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Ausschuss ist der Auffassung, daß die schlechte Lage des Arbeitsmarktes, die bereits jetzt Zeichen weiterer Verschlechterung erläutert, eine ausgedehnte Anwendung der Krisenfürsorge notwendig macht. Als eine geeignete Grundlage für diese Ausdehnung sieht er die Beschlüsse an, die der Reichstag vor seinem Auseinandergehen unter Art. 22a zur Krisenfürsorge gefaßt hat. Der Ausschuss stellt aber mit Bestrenden fest, daß die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Entwürfe den Beschlüssen des Reichstages nicht entsprechen. Als neue Berufsgruppen sind durch den Reichsarbeitsminister unmittelbar in der Krisenfürsorge einbezogen worden nur: die Glasindustrie, die Bühnenmitglieder und Teile der Berufsgruppe 23. Der Kreis der letzteren ist aber gegenüber dem Wortlaut des Reichstagsbeschlusses außerordentlich verändert worden. Der Ausschuss fordert, daß hier der Wortlaut des Reichstagsbeschlusses wieder hergestellt wird. Des weiteren erwartet der Ausschuss vom Reichsarbeitsminister, daß er von seiner dem Reichstag gegenüber erklärten Vereinbarkeit, Anträgen auf weitere Einbeziehung neuer Berufsgruppen alsbald stattzugeben, soweit die Lage des Arbeitsmarktes es erfordert, und bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes die Krisenfürsorge auf sämtliche Berufsgruppen auszu dehnen, Gebrauch machen wird. Ferner stellt der Ausschuss aber fest, daß die nunmehr dem Präsidenten der Landesarbeitsämter erlaubten Ermaßigungen für Notstande die die teilweise hinter dem zuvorliegenden, was bereits in dem bisher geltenden Erlass vorgesehen war. So ist die Möglichkeit zur Ausdehnung der Krisenfürsorge auf weitere Berufsgruppen in Fällen besonderer Notstandes beschränkt auf Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern. Der Ausschuss hält eine solche Beschränkung für ungerechtfertigt.

Hast ganz überdrücklich geblieben sind die Reichstagsbeschlüsse in bezug auf die Untersuchungsduer in der Krisenfürsorge. Der grundsätzliche Vorrang des Reichstages, die Dauer allgemein von 26 auf 30 Wochen zu verlängern, ist nicht Rechnung getragen worden. Nur für die über vierzigjährigen ist eine weitere Verlängerung bis zu 52 Wochen zugelassen, jedoch auch diese ohne rückwirkende Kraft. Der Ausschuss erklärt mit aller Entschiedenheit, daß er die allgemeine Verlängerung der Untersuchungsduer auf 30 Wochen für notwendig hält, zumal die Übergangsbestimmungen, die Jahrtausenden von Arbeitslosen eine verlängerte Untersuchungsduer sicherten, am 30. Juni d. J. abgelaufen sind. Der Ausschuss ist der Meinung, daß es weder möglich ist, den Gemeinden die Last der Versorgung der ausgestoßenen langfristig Arbeitslosen aufzubürden, noch diese Arbeitslosen ihrem Schicksal zu überlassen. Er richtet an den Reichsarbeitsminister und an das Reichsministerium des Ernährung, die Verordnung den auch vom Reichstag anerkannten Notwendigkeiten anzupassen.

Schließlich bedauert der Ausschuss, daß der vorgelegte Entwurf die vom Reichstage gewünschte Neuregelung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge nicht enthält.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 9. August.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraus sage (Deutsch und Englantio)
12,00 Uhr: Mittagsmusik mit Kunstwerbung.
12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen.
13,15 Uhr: Presse- und Wetterbericht.
15,00–16,00 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Kunstwerbung.
16,30–17,55 Uhr: Konzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Wilhelm Reich.
18,05–18,20 Uhr: Reichsfunk.
18,20–18,30 Uhr: Stierkunstfunk.
18,00–18,30 Uhr: Flössingenieur Hans Wolterer, Leipzig: "Die Sicherung des Eisenbahnverkehrs". I.
18,30–20,00 Uhr: Vortrag des Berlinischen Bezirksvereins, Dresden: "Beziehungen zwischen Städtebau und Arbeitshygiene".
20,00 Uhr: Weitervorauslage und Zeitangabe.
20,15 Uhr: In den Bergen. Mitwirkende: Guido Schüldendorff (Gesang) und das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Blatt: "Aus der Bergsonate" Sinfonie-Orchester.
2. a) Schubert: Aufenthalt; b) Schubert: Schäfers Klageleid; c) Schubert: Hellopolis; d) Schumann: Höhlenders Abschied; Guido Schüldendorff. 3. Roff: In den Alpen. 7. Sinfonie, Op. 201: I. Wanderung im Hochgebirge. II. In der Herberge, Sinfonie-Orchester. 4. a) Reger: Friede; b) Grieg: Wie am Felsen; c) W. Berger: Bergnacht mit einem Waldzauber; b) Kahn: Über den Bergen, Guido Schüldendorff. 5. Roff: In den Alpen; III. Am See. IV. Beim Schwungfest. Abschluß: Sinfonie-Orchester. 6. Bier norwegische Volkslieder: a) Heimath von der Alp; b) Agoto Berglied; c) Jægerløstret; d) Frau Holdas Ruf. Guido Schüldendorff. 7. Selmer: In den Bergen (Op. 34): I. Melancholie und Schneucht. II. Das norwegische Alphorn. III. Gehang und Tanz, Sinfonie-Orchester.
22,00 Uhr: Kunstranzer.
22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22,30 Uhr: Kunstuhr.

Soldat Suuren

20. Roman von Georg von der Brink

Gezeigt 1927 by J. M. Voeth, Verlag, Berlin

Am Nachmittag, da die Kompanie sich erneut in Handwerker verwandelt hat, ziehen ein Dutzend Männer zum Strafgericht vor das Tor. Die Oberaufsicht hat der Feldwebel Engelle, die spiegelrechte Leitung liegt in den Händen des Gefreiten Hofer. Der gewesene Primaner ist eine Null, denn der Hofer macht mit uns, was er will. Der Feldwebel steht regungslos mitten im Reitoval, und der Hofer bringt uns Schiff bei. Die Sonne leuchtet am Himmel, die Siedlungen liegen uns wie Blei im Magen, und selbst die Siedlungen des Platzes kann sie nicht verstehen. Wir müssen hin und her rennen, uns ins Gras werfen, links laufen, rechts marschieren, unten und wieder rennen. Der Hofer hat begriffen, Leutnant Brause kann mit ihm zufrieden sein.

Unsere Gesichtshaut ist hart von verkrustetem Schweiß; die Augen brennen, und die Schläfen schlagen angstvollen Takt zu des Teufels Käfernenhofslängen. Ein Vogel ist in unseren Gehirnen lebendig, ein Flattervogel, der davonmöchte aus dem Käfig. Unsere Beine schnellen vorwärts, und der Vogel flattert. Wir sind blind und unfähig, das kleinste Gebet zu sprechen oder zu singen, wenn wir an den fröhlichen Lärchenbäumen vorbeilaufen.

Zur Kaffezeit erhält uns Feldwebel Bloiboom. Er steht auf der Zugbrücke, hebt die Mühe von den Gelenken und wischt sich den Schweiß fort. Wir marschieren an ihm vorbei in die Batterie, wo die Handwerker schon mit den Kochgeschirren zur Küche gehen. Ich sehe nur Gestalten sich bewegen, erkenne kein Gesicht und denke mir, jeder muß mir ansehen, daß ich blind bin vor Schweiß. Keiner aber summert sich um die Strafgerichtler, man meidet den gemischten Kameraden, der sich im Wind vertreibt.

Ich, der ich auf meinem schmackhaften Birschenbett ausgestreckt liege und noch immer nicht fähig bin, mein Gesicht vom Schweiß zu säubern, höre die anderen mit den Kochgeschirren zurückkommen. Albering hat für Weißer und mich den Kaffee mitgebracht. Er stellt mir das Geschirr wortlos neben die Füße, und alle beginnen zu vespern.

Als letzter kommt Meyer mit seinem Kaffee. Er sieht mich neben meinem Gewehr liegen. Aber ich nehme an, daß seine Augen noch von der Sonne geblendet sind, denn er sagt schmatzend:

"Ja, ja — Böcklin!"

Wie J. G. Farben spart

Zusammenhänge der internationalen Essigsäureindustrie

Wie wir aus Holland erfahren, beschäftigen sich die Rotterdamer Polizei und die Rotterdamer Gerichte gegenwärtig mit Untersuchungen gegen eine Tochtergesellschaft der J. G. Farben-Industrie, A.-G., Frankfurt, weil diese Tochtergesellschaft Seetransporte gefährdet und holländische Reedereien um nicht unerhebliche Frachtabrechnungen gehäuft habe. Die Zusammenhänge sind interessant genug, um auch vom wirtschaftlichen Standpunkt behandelt und für eine breitere Öffentlichkeit dargestellt zu werden.

Eine Reihe von europäischen Essigsäure-Erzeugern, darunter das höchste Werk der J. G. Farben-Industrie A.-G., die Dr. Wacker-Werke in München, die Holzverarbeitungsindustrie A.-G. in Konstanz, die Ugnodermie A.-G. in Wien, der Verein für chemische Industrie A.-G. Frankfurt und die Elektroaktivitätswerke Ponza A.-G. in Bozen haben vor einigen Jahren zur Ausschaltung der gegen seitigen Konkurrenz in der Essigsäure-G. m. b. H. mit dem Sit in Frankfurt am Main kartellmäßig zusammen geschlossen und der Frankfurter Gesellschaft den Alleinverkauf der gesamten Produktion von Essigsäure und Eisessig übertragen. Da die gesamte europäische Produktion in dieser Verkaufsgesellschaft vereinigt war, konnten die Preise in Europa bedeutend herabgesetzt werden, und nur in den außereuropäischen Gebieten bestand noch Konkurrenz, weil eine kanadische Großfirma in Montreal den internationalen Essigsäuremarkt bestreitet. Das dauerte aber nur so lange, bis auch mit dem kanadischen Produzenten eine Konvention vereinbart wurde, und damit für den ganzen Weltmarkt die Preise zu distizieren möglich geworden war.

Die Essigsäure und besonders der Eisessig haben nun, wie zahlreiche andere Säuren, gefährliche Eigenschaften, die den Transport gefährlich machen und erheblich verteuern. Namentlich der 95 und mehr Prozent Essigsäure enthaltende Eisessig ist gefährlich, weil sein Einzündungspunkt bereits bei etwa 35 Grad Celsius liegt. Die Transport- und Schifffahrtsgesellschaften haben deshalb für die Beförderung von Eisessig besondere Transport- und Verpackungsvorschriften erlassen, und vor allem gilt mit Rücksicht auf die höhere Feuergefährlichkeit für Eisessigsendungen eine höhere Frachtrate. Schiffe, die auch Passagiere befördern, sollen aus Sicher-

heitsgründen überhaupt keinen Eisessig mitführen, und selbst für den Transport auf Frachtdampfern besteht die Vorschrift, daß die betreffenden Korbflaschen in besonderen, durch eine zehn Zentimeter dicke Kieselgurtschicht noch zu sichernden Rüsten verpackt sein müssen, die überdies nur auf Deck, also nicht im Schiffsräum selbst verladen werden dürfen. Die Gefährlichkeit dieser Sendungen wird also besonders hoch eingeschätzt.

Die höheren Frachten und nicht zuletzt auch die besonderen Verpackungsvorschriften haben natürlich nicht unbedeutlich höhere Kosten zur Folge. Die Kosten nun möchte offenbar die Rotterdamer Tochtergesellschaft sparen. Der betreffende Geschäftsführer kostet sehr lange Zeit hindurch Eisessigsendungen stets als einfache Essigsäure deklariert und den Schiffahrtsgesellschaften aufgeliefert haben. Diese Sache ist irgendwie bekanntgeworden und ist der Anlaß für das Eingreifen der holländischen Staatsbehörden.

Ist an sich schon für die Öffentlichkeit das Besteheen dieses weitgreifenden internationales Essigsäurekartells interessant, so erscheint die deutsche J. G. Farben-Industrie A.-G. Frankfurt a. M. im Zusammenhang mit dieser Affäre deshalb in einem ungünstigen Lichte, weil sie — wie wir können diese Darstellung natürlich nicht nachprüfen — von dem Vorgehen der Rotterdamer Tochtergesellschaft Kenntnis gehabt haben soll oder hätte haben müssen. Es wird behauptet, daß die von der J. G. Farben-Industrie Frankfurt beherzte Aktiengesellschaft für Stadtwerke in Knapsack ihre Essigsendungen zunächst wahrscheinlich als Essigsäure von 98 und 99 Prozent deklariert, auf Anfordern der Rotterdamer Geschäftsräte aber, um Kosten und Frachten zu sparen, diese Declaration späterhin unterlassen und die Sendungen nur noch als Essigsäure aufgeliest habe. So die Zusammenhänge.

Wir glauben, daß die Öffentlichkeit an diesen Dingen ein Interesse hat. Es wäre in der Tat in hohem Maße bedauerlich, wenn ungenügende Kontrolle im J. G. Farben-Kartell bzw. den von ihr beherrschten Tochtergesellschaften, wenn weiterhin das Streben der 95 und mehr Prozent Essigsäure enthaltende Eisessig ist gefährlich, weil sein Einzündungspunkt bereits bei etwa 35 Grad Celsius liegt. Die Transport- und Schifffahrtsgesellschaften haben deshalb für die Beförderung von Eisessig besondere Transport- und Verpackungsvorschriften erlassen, und vor allem gilt mit Rücksicht auf die höhere Feuergefährlichkeit für Eisessigsendungen eine höhere Frachtrate. Schiffe, die auch Passagiere befördern, sollen aus Sicher-

ständen diesem Vorgehen des Reichswirtschaftsministers keine Hindernisse entgegen, denn er besitzt ein aktives Kontrollrecht gegen an sich unangemessene Preise.

Konzentration im englischen Kohlenbergbau. Verhandlungen zwischen der Hendersons Welsh Anthracite, den Vereinigten Anthrazitwerken und den Evans' Bevan-Gruben haben dazu geführt, daß sich die beiden erstmals vereinigten Gruppen vereinigt haben. Damit sind 85 Prozent des Wales, 14 der Bergbaus vereinigt. Die Stilllegung aller schwächeren Gruben ist der erste Punkt des neuen Programms.

Die Reparationszahlungen im Juli. Im Monat Juli sind insgesamt 187,8 Millionen Mark überwiesen worden. Davon entfallen: Frankreich 60,9, England 31,8, Italien 8,6, Belgien 5,3, Amerika 6,6 Millionen Mark.

Amerikanischer Schuhzoll auf Schuhe in Sicht. Die amerikanische Schuhindustrie zeigt sich durch das ständige Anwachsen der Schuhexporte sehr beeindruckt. Der Verband der Schuhindustriellen will daher versuchen, bei der Regierung die Einführung von Schuhzöllen durchzudringen, obwohl im Verhältnis zu der einheimischen Schuhproduktion die eingeschafften Mengen verschwindend gering sind.

Übler Mundgeruch

wicht abhängend. Häufig gefährliche Zahne entstellen das häusliche Umfeld. Kleine Schuhzölle werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herzlich entzündenden Zahnpaste Chlorodont belegt. Die Zahne erhalten schon nach kurzen Gebrauch einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenzähnen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnburste mit gezähmtem Borstenkopf. Haufende Speisereste in den Zahnpulpa und Zahnschmelzen als Ursache des übeln Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Verfahren Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont Zahnpaste zu 60 Pt., s. o. Tube 1 Pt. Chlorodont-Zahnburste für Kinder 70 Pt., für Damen 125 Pt. (weiche Borsten), für Herren 125 Pt. (harte Borsten). Nur auf blau-wellige Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“, lieberall zu haben.

Entwürfe!

Die beiden sehen sich einen Augenblick an, und der größere schüttelt den Kopf. Der Kleine erneuert seine Frage gebieterisch.

„Liebering sagt:

„Läßt sie doch überzupumpen.“

Ich versichere Ihnen zum zweiten Male und so laut ich kann: Entwürfe für ein Bild in der Kantine!

Aber den Generalstabsoffizieren wird es scheinbar nicht klar, was wir machen. Sie zucken die Achseln und verschwinden im Wald.

„Wenn sie nun über die Zugbrücke kommen?“ befürchtete ich.

„Bastion IV ist unbestiegtbar. Achtung! Auf zum dritten Gang!“

Der Kampf entbrennt aufs neue. Wir rollen am Boden und stemmen uns dagegen, auf den Rücken geworfen zu werden. Wir machen atmete Pause. Über uns schwebt ein Sperber, welcher wie eine Kähe schreit und abschreibt.

Weiter! Ich knie, und Liebering drückt mich mächtig nach hinten. Ich kann den Fuß nicht nachziehen, welcher schmerzt, lasse vom Widerstand ab, worauf mich mein Gegner hat, auf den festgeklemmten Fuß drückt. Ich schreie und werde geworfen.

„Du liegst du“, sagt Liebering und steht auf.

„Ich bin kaputt“, sage ich, bleibe liegen und untersuche meinen Fuß. Er schmerzt erbärmlich. Ich kann wohl aufstehen, aber hinein auf einem Bein herum. Es ist eine Schmerzjagd auf dem Fußrücken. Liebering massiert den Fuß, aber es wird nicht besser. Später hüpft ich die Leiter hinunter und krieche aufs Birkenbett. Liebering holt einen nassen Lappen und macht Umschläge.

Am andern Morgen ist es das gleiche, und ich bin gezwungen, mich krank zu melden. Steinberg, der Sanitätsunteroffizier, kommt hereingerannt wie auf eine Bühne und schreit:

„Was machen Sie, Suuren?“

Er ist Schauspieler am Schillertheater und übt sich überall in seinem Berufe.

„Ringkampf machen diese Menschen! Soldaten vor dem Feind machen Ringkampf! Es geht euch zu gut, übermäßiges Gelächter!“

Der kleine Jude ist mir dankbar, ich habe ihm eine Zeichnung von der Batterie gemacht. Es muß auch wohl so sein, und ich höre seine Ausrufe gern an, weil es eine Übung für ihn ist.

(Fortsetzung folgt.)



Die rote Jugend auf roter Erde

Die sozialistische Arbeiter-Jugend hatte ihre Mitglieder aus allen Ecken Deutschlands nach Dortmund gerufen, um ihren 5. Reichsjugendtag zu feiern. Nach Dortmund, ins Herz des Ruhrgebiets, wo sich zusammenwohnende Arbeitersassen auf der Erde und unter der Erde ungeheure Werte schaffen, wo Hochösen Tag und Nacht glühen, Förderküme ohne Pause schwere Lasten aus der Tiefe winden. Rote Jugend auf roter Erde! Das war die Parole, unter der der Jugendtag ging.

Unsre Jugend nahm den Ruf freudig auf und kam von allen Seiten. Wir Sachsen waren die ersten. Am Freitagmorgen schon kam der Sonderzug, der die Täufend von Leipzig brachte, bald folgte Dresden, dann Thüringen, Berlin, Hamburg, und immer neue Scharen quollten aus den Bahnhöfen, ländeten mit ihren roten Fahnen, daß sozialistische Jugend aufmarschierte. Mit besonderer Freude wurde der Vielesfelder Zug empfangen. Er brachte die tausend Burghen und Mädel aus dem Zeltlager. Den Jüngsten im Verband war die seltsame Gelegenheit geboten, 14 oder 8 Tage lang die Probe des Gemeinschaftslebens zu bestehen. Bei Vielesfeld war das Zeltlager aufgeschlagen und in letzter Zeit hatten sich Jungen und Mädel aus allen Bezirken zu einem festen Kreis zusammengeschlossen, hatten in diesen Tagen gemeinsam gespielt, gewandert, gegessen und die Nächte in den Zelten geschlafen. Junges Erlebenwollen und sozialistischer Gemeinschaftswillen fanden sich in diesem neuen Versuch der Jugendarbeit. Es ist gelungen. Froh und stramm marschierten die Jungen, die ganz anders angepaßt werden wollten, in Dortmund ein, mit ihren blauen Käppen und lachenden Gesichtern gaben die Roten Falten ein prächtiges Bild.

Hatte die Jugend am Freitag Zeit, ihre Quartiere zu sichern, kurze Freundschaft mit den Wirtshäusern zu schließen und dann Dortmund nach allen Richtungen zu durchstreifen, so kam sie am Sonnabend zu den Veranstaltungen. Viele möchten den Wunsch haben, einmal ins glühende Eisen zu schauen oder einige hundert Meter unter die Erde zu kriechen, doch die Tore waren verschlossen. So mußten sich die Sicher nach riesenhaften Produktionsstätten, in denen die Arbeit ihre meisten Opfer fordert, mit einem Erstaunen begnügen. Die Delegierten der Bezirke gingen zur

Begrüßungsfeier im Goldsaal der Westfalenhalle.

Eine stattliche Zahl von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden war zugegen, alle verbündeten und vereinten Organisationen, Partei, Gewerkschaften, Sportler, Kinderfreunde und viele andere waren erschienen, dazu die Gäste aus den Verbänden der Internationale. Umrahmt vom Gesang des Lüdenscheider Jugendchores, entboten die Gäste ihre Grüße. Genosse Ollenhauer als Verbandsvorsteher konnte mitteilen, daß alle Vorarbeit zum Jugendtag vollen Erfolg brachte. Genosse Bürgermeister Hirsch-Dortmund wies auf die Bereitwilligkeit der Stadt hin, Genosse Westphal als Vertreter der Partei habe die enge Verbundenheit mit der Jugend hervor, und noch andere führende Genossen versicherten der kompakteten Jugend ihre Anerkennung. Als aber Genosse Kanitz-Wien im Auftrage der sozialistischen Jugend-Internationale in seiner temperamentvollen Art zum nächstjährigen Internationalen Jugendtag im roten Wien aufforderte, jubelte begeistert die Festversammlung.



Eine Straße in Dortmund; Plakate begrüßen die Jugend.

Die Dortmunder Genossen hatten sich gewiß mit allen Kräften angestrengt, dem Jugendtag einen glatten Verlauf vorzuarbeiten. Aber leider war ihre Arbeit zu sehr ergebnissen, in die Wolken reichte ihre Kraft nicht. Welch himmlische Bosheit Sonne und Blau verhing, wer weiß das! Als wir uns am Abend zum Zug nach dem großen Feier stellten, machte der Himmel ein schweinisch graues Gesicht, konnte aber damit auf jugendliche Unbelämmertheit nicht wirken. Doch nach den ersten Schritten entlud sich über uns ein Gewitter mit aller Rücksichtlosigkeit, daß wir bald triesten und durch Pfützen patzten. Jugend, wie oft singst du: Regen, Wind, wir lachen darüber... Alle hielten sie durch, trugen trocken die roten Fahnen eine Stunde lang durch den Winterzorn, bis sie in den großen Westfalenhallen waren.

Hier, in diesem mächtigen Raum, der für Fünfzehntausend Sitzplätze hat und ebensoviel noch zum Stehen aufnehmen kann, war die

Eröffnungsfeier des Jugendtags.

Bald war die Halle gefüllt. Ein Wagnis, so viel Menschen in einer Feierstunde zu vereinen. Ein Geschwirr von Stimmen, das erk durch die mitreißenden Klänge der Marcellaische verstimmt und dem Sprechchor, der Brögers Dichtung "Rote Erde" aufführte, Ruhe schafft. Von der Bühne leuchtet ins Dunkel das Gerüst eines Förderturms, das Wahrzeichen des Ruhrgebiets, von unten ringen sich die Bergleute und Hüttenarbeiter empor, zu ihnen stößt der Zug der roten Fahnenträger und taucht die Riesenbühne in ein einziges Rot. Erobert wollen wir, unter sein soll alles, was uns heute noch leitet. Dann hast im weiten Raum des Kampfes Fried:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit! Vier Fackelzüge formieren sich und ziehen überall von der Arbeiterschaft bejubelt, im flackernden Schein nach den Stadtteilen zurück.

*
Der Sonntag war kein Sonnentag. Sprüh- und Hadsenregen mit kurzer Unterbrechung, kein blaues Fleckchen am Himmel. Doch wir müssen durchhalten. Als wir uns am Nachmittag zur Demonstration stellen, zu

Aufstellung für Sozialismus und Völkerfrieden, hofften wir still auf etwas Besserung und zogen im übrigen unbedingt durch die Straßen. Zwei riechte Jüge, flankiert von der Arbeiterschaft. Überall ragten die roten Fahnen heraus und boten ein überwältigendes Bild, als die Jüge in der großen Kampfbahn "Rote Erde" münden. Tausende umsäumten die grüne Fläche und empfingen stürmisch die Kolonnen. Die mitgeschnittenen Transparente "Krieg dem Kriege", "Heros aus der Kirche", "Wir wollen Jugenddichthus" rufen ein lebhaftes Echo her vor. Immer wieder neue Scharen, neuer Jubel, neue Rufe. Und — auch neuer Regen. Aber die Menge steht, im Nu hat sich ein einziger schwarzes Dach von Regenschirmen über die Zuschauer gespannt, die Jugend harzt unten unbedeckt Haupjes aus. Dann marschierten die jungen Fahnenträger auf und ein —

Riesentring von roten Fahnen liegt sich zwischen Jugend und Gäste. Was hilft da ein Suchen nach



Reichsminister Genosse Severing begrüßt die Jugend.

Worten, um dieses Schauspiel zu beschreiben, dieses Bild zu malen? — Nur Sonne fehlte, um den roten Ring aufzuleuchten zu lassen. Aber dennoch: diese Freude, die so laut über den weiten Platz stieg und sich nicht legen wollte, ließ all das Fehlende vergessen. Darum fand auch Genosse Severing mit seiner Ansprache offene Herzen: Wir sind gewachsen, sind erstarkt und haben um uns eine Jugend, die dem Kapitalismus, dem Völkerhass den Kampf wagt. Wir führen den Kampf um die politische Macht und wollen die Republik zur sozialen Gemeinschaft umgestalten! Dann marschierten die Roten Hallen aus dem Zeltlager auf und gaben das Gelöbnis:

Wir Arbeiterjugend aus Stadt und Land,
Wir folgen den roten Fahnen!
Wir wollen treu sein!
Wir wollen lernen für den Kampf der Arbeiter!
Wir wollen kämpfen für den Sieg der Arbeiter!
Die rote Fahne voran!
So wollen wir alle, Mann für Mann,
Der rote Zukunft entgegen.

Ein Schwur unter roten Fahnen, ein Augenblick, unvergänglich, der uns in Gedanken vorwärtsleit und von der Zukunft Trost erwählt. Mancher alte Genosse schaute ergriffen in die junge Schar und hat seine Jugend mit der der Gegenwart verglichen. Wie ziellos, grau und drückend einst für ihn, wie sicher und strahlend für die Jungen.

Zur gleichen Stunde trat in Brüssel der Kongress der sozialistischen Arbeiter-Internationale zusammen. In seiner Schluss-



Die Sachsen und Thüringer bei der Ansprache Severings.

ansprache hob Genosse Ollenhauer diesen bedeutungsvollen Moment heraus und übergab den Arbeitersäulen eine Säfette, die den Gruß der Jugend und das Gelöbnis, mit der Internationale der Erwachsenen zu marschieren, den Delegierten in Brüssel überbringen soll. Und der Vate eilte von der roten Erde nach dem belgischen Lande zu.

Unter dem Gesang der Internationale fand die Kundgebung für Sozialismus und Völkerfrieden ihren Abschluß. Langsam leerte sich die Kampfbahn und die Jugend marschierte im geschlossenen Zug zurück.

*

In Verbindung mit diesen großen Veranstaltungen fand sich die Jugend in weiteren Zusammenkünften. Vor den Alten sprach Genosse Sollmann über die Aufgaben der jungen Generation, vor den Jungsozialisten behandelte Genossin Anna Siemsen die Frage: Selbstverziehung der sozialistischen Jugend. Beide Versammlungen waren überfüllt und brachten den ungeleiteten Beifall der Zuhörer. Am Ebert-Denkmal in Dortmund-Hörde würdigte Genosse Löbe die Arbeit Eberts für die Republik und eine erhabende Heier an den Massengräbern der Bergarbeiter bezeugte den Willen der Jugend, im Kampf das opferreiche Leben dieser Helden der Arbeit nicht zu vergessen.

*

Die Jugend auf roter Erde! Wir sind in Dortmund gewesen und haben uns in den eindrucksvollen Tagen enger an unsre Bewegung geschlossen. Wir haben uns wieder einmal als Teil einer großen Schar eng verbunden gefühlt, haben den Riesenwall roter Fahnen gelehnt und empfunden, wie weit wir unsre Hände strecken können. Zwanzigtausend Arbeitersungen und Arbeitermädel kamen zum Jugendtag, eine tolle Zahl für uns.



Sammelpunkt der sächsischen Jugend.

Überall fanden wir Freunde, sei es der Bergmann oder Hüttarbeiter, der uns Quartier gab, sei es der Schaffner der Straßenbahn, der wußte, daß wir zum Jugendtag für die 60-Pfennig-Karte überall hinfahren könnten. Wir haben uns auch Dortmund angeschaut und fanden eine Stadt, die im alten Kern eng und winzig, überall hemmend ist, die sich aber nach außen riesig dehnt, so daß wir einen weiten Marsch hatten, ehe wir in unser Vorort kamen. Innen sprengt der Berleke die Enge, reißt die alten Häuser nieder und baut neue Riesen; draußen wollen sich ehemalige Dörfer in Stadtvororte umwandeln. Dazwischen überall verstreut die großen Werke, ungeheure Hallen und Schlot an Schlot. Ein ungewohntes Bild für uns, eine Stadt der Arbeit, in der immer neue und neue Formen wachsen.

In diese grane Stadt trugen wir unsre roten Fahnen und bringen aus ihr unser Gelöbnis:

So wollen wir alle, Mann für Mann,
der rote Zukunft entgegen.
Oto Schröter.

Wahre dein Recht!

Diese Mahnung richtet sich an jeden einzelnen, sie zu befolgen ist aber schwierig ohne Verständnis und Kenntnis des geltenden Rechts. Genosse Dr. Th. Tschauer hat in einem unter obigem Titel herausgegebenen Büchlein versucht, unter Berücksichtigung der leider in weitesten Kreisen herrschenden Rechtsfremdheit die Grundgedanken des geltenden Rechtes dem Verständnis näher zu bringen und Winkel für die praktische Anwendung bei Regelung von Rechtsverhältnissen zu geben. Um diese gestellte Aufgabe zu lösen, beschränkt sich der Verfasser nicht darauf, im Anschluß an das Gesetz brauchbare Formulare zu liefern, sondern er erläutert an Beispielen aus der Praxis die Grundgedanken der Gesetze, um jedem einzelnen die Stellungnahme zu Rechtsfragen durch sachgemäße Überlegung zu erleichtern. Der Preis des im Diesel-Verlag erschienenen und durch unsere Buchhandlung zu beziehenden Buches beträgt in Ganzleinen 3 Mark.

Unfälle in Leipzig

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Dienstagabend in der 19. Stunde in der Neudniher Straße. Dort wollte die Chefrau des Maurers K. ihrem Mann und ihrem Schwager das Mittagessen warm machen. Zu diesem Zweck warf die unvorsichtige Frau Holz in den Ofen und goß Spiritus darauf. Da sich noch Glut im Ofen befand, schlug im Moment eine Flamme hoch, die die Kleider der Frau in Brand setzten. Durch das Schreien der Frau eilten ihr Mann und Schwager aus dem Nebenzimmer herbei und versuchten mit Hilfe von nassen Tüchern die Flammen zu ersticken. Doch hatte die Frau sich erhebliche Brandwunden zugezogen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

*

Gassvergaskung. Am Mittwoch, in der fünften Stunde, wurden in dem Hause Lange Straße 41 die beiden Hausangestellten Erna Winkler und Emma Murr gasvergast aufgefunden. Nähere Angaben über den Unfall haben sich noch nicht feststellen lassen. Beide wurden zur Nachbehandlung dem Krankenhaus St. Jakob überwiesen.

*

Zusammenstoß zweier Droschen. Am Montag in der zwölften Stunde erfolgte in der Wintergartenstraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Kraftdroschen. Hierbei wurde eine Radfahrerin von ihrem Rad geschleudert und erlitt schwere Beinverletzungen.

*

In der Karl-Heine-Straße versuchte am Mittwoch in der 17. Stunde eine junge Büroangestellte, Helene M., mit ihrem Rad eine vor ihr fahrende Straßenbahn zu überholen, wurde aber dabei von einem ihr entgegenkommenden Kraftwagen angefahren und zur Seite geschleudert, wo sie mit knapper Not dem Uebertreffenwerden von der Straßenbahn entging. Das junge Mädchen erlitt bei dem Sturz eine schwerblutende Kopfverletzung und mußte durch denselben Kraftwagen zum nächsten Arzt und dann zu ihrer Wohnung gebracht werden. Der Chauffeur soll nach Zeugenaussagen keine Schuld treffen, da das Mädchen im Augenblick der Gefahr ihr Rad zur anderen Seite lenkte.

*



Was ist eine Schweinerei?

Wenn ein Mensch von früh bis abends einen hochgeschlossenen schwarzen Kittel trägt oder einen steifen Gehrock, der kein Büstchen an den Körper heranlässt, und wenn dieser Mensch aus Weltanschauungsgründen obendrein noch ein Feind des Badens und badähnlicher Körperreinigung ist, dann muß sich sein Körper in einem Zustande befinden, den der reinlichkeitsbesessene Mensch einfach als Schweinerei bezeichnen darf. Ich sehe niemanden an, zeige auf niemanden mit dem Finger, sondern überlasse es der Intelligenz des Lesers, herauszufinden, wer diese schwarzärmeligen und badefeindlichen Herren sind.

Der Pfarrer in dem Dorfe Radmer hat eine andere Erklärung für den Begriff der Schweinerei herausgefunden. Der fromme Seelenkinder schließt seinen übergewichtigen Bauch spazierend durch die Dorfstraße. Da begegnet ihm die Frau des Dörfchablers, die einen Kinderwagen vor sich herschiebt. Und in dem Wagen liegt ihr Kindlein von 18 (sechzehn!) Monaten. Dieses Kindlein ist mit nichts als einem Hemd bekleidet und ist obendrein fränklich. Die Leute in Radmer beugen sich noch gehorsam unter die pfälzische Zuchtstrafe, und darum kennen sie noch nicht die Segnungen des Lufs, Sonnen- und Wasserbades. Sie lernen zwar im Ratschismusunterricht, daß die liebe Sonne eine der wohltätigen Gaben Gottes ist, aber sie benutzen sie nicht zum Baden.

Nur die Frau Barbier mache mit ihrem kranken Kinder eine Ausnahme. Auf ärztliche Anordnung nämlich. Der Doktor hatte angeordnet, daß das Kindlein sich zu Bettungszwecken die Sonne auf den jungen Fleisch scheinen lassen solle. Die junge Mutter war nicht etwa so läunig gewesen, die Anordnung des Arztes strikt zu befolgen, sondern hatte dem Kinder ein Hemdchen übergezogen. Immerhin war das Kind unter dem Hemde nackt.

Und das sieht der Pfarrer auf seinem Spaziergang und er gerät darob in helle Wut. Vielleicht hat er so seine persönliche Erfahrung, daß der Körper schwefisch ist, vielleicht auch fürchtet er, durch den Anblick eines sechzehn Monate alten Kindes zur Fleischeslust erregt zu werden, jedenfalls brüllt er die ahnungslose Mutter an:

„Das ist eine Schweinerei! Schämen Sie sich nicht, das Kind so herumzuführen! Das Gesindel von der Stadt verdirbt uns noch das ganze Dorf!“

Nachdem der fromme Mann seine Christenpflicht, den Nächsten zu lieben wie sie selbst auf diese Art erfüllt hatte, versprach er der fassungslosen Frau noch, daß er diese „Schweinerei“, dieses „schamelose Tun“ im Gemeinderat anprangern werde, und außerdem wolle er dafür sorgen, daß ihr Mann keine Kunden mehr bekomme, so daß die Familie aus dem Dorfe abziehen müsse.

„Ich liebe die Sauberkeit und behaupte, daß die Frau kein Schwein ist, sondern eine brave, tüchtige Mutter. Ich möchte aber auch nicht behaupten, daß der Pfarrer ein Schweinigel ist, obwohl seine Gleichsetzung der fürsorglichen Mutterliebe mit einer Schweinerei starker Tobal ist. Nein, dieser Herr ist ein ehrenwerter, frommer Pfarrer. Sicherlich ist er von dieser Szenen hinweg nach seiner Kirche gegangen und hat dort vor den gebenedeten Mutter Maria mit dem Jesukinde eine geweihte Kerze angezündet, oder er ist nach Hause gegangen, um dort die Predigt für den nächsten Sonntag auszuarbeiten. Sicherlich erfreut er die Gläubigen mit salbungsvollen Worten von der Mutterliebe unter Zugrundezugung des Bibelwortes: Lasst die Kindlein zu mir kommen.“

Was ist nun eine Schweinerei? Ich glaube, lieber Leser, du weißt es jetzt selbst herausfinden. Hannes.

Ein Geldwechselschwindler in Leipzig

Betrug mit wertlosem ausländischen Geld

In einem Geschäftsladen im Salzgäßchen erschien am 4. d. M. ein unbekannter Mann in Begleitung einer Dame und kaufte verschiedene Waren im Werte von 27 RM. Bei der Abrechnung erklärte er, daß er nur noch 10 RM. bei sich habe und fragte den Geschäftsinhaber, ob er ausländisches Geld in Zahlung nehm. Dabei legte er eine belgische 100-Franknote vor, mit dem Bemerk, daß diese einen Wert von 58,65 RM. nach dem neuzeitlichen Berliner Kurs hätte. Zum Beweis legte er einen Kursbericht einer Tageszeitung vor. Daraufhin nahm der Geschäftsmann die Note in Zahlung und gab den überschüssigen Betrag dem Unbekannten heraus. Nach dessen Fortgang stellte der Kaufmann fest, daß die Note außer Kurs gesezt und fast wertlos ist. Der in dem Kursbericht der Zeitung angegebene Kurs ist nicht der Frankenkurs, sondern der sogenannte Belgia-Kurs, d. i. die jetzige Kursfeststellung des belgischen Geldes.

Der unbekannte Betrüger wird wie folgt beschrieben: Einwa 30 Jahre alt, 1,65 Meter groß, bartlos, untersetzte, gedrungene Figur, volles gesundfarbiges, gebräunte Gesicht, dunkle Augen, etwas Adernase, dunkles, gewelltes, nach hinten gesämmtes Haar, im Gesicht aussätest, sogen. Schwedenkopf und „Geheimrat“-Eide. Er trug modernen braunlich-gelben Wollstoffanzug, graublaue weichen Filzhut, mit ähnlicher Einfassung. Seine Begleiterin war etwa 21 Jahre alt, 1,72 Meter groß, sehr schlank, hatte auffallend dünne Beine, volles gesundfarbiges Gesicht, graue Augen, anscheinend gefärbte Augenbrauen, dunkles Haar, Bobfrisur und war bekleidet mit sandfarbigem Tuchmantel. Der Unbekannte trug einen Choker an der linken, seine Begleiterin einen solchen an der rechten Hand.

In einem zweiten Falle mietete sich am 5. August in einem Hotel ein Unbekannter ein, der vermutlich mit dem obenbeschriebenen Unbekannten identisch ist. Dem Hotelier gab er an, daß er durch einen in der Nähe wohnenden Freund ins Hotel geweckt worden sei. Er wollte sogleich sein Gepäck noch holen. Vor seinem Fortgang erwähnte er, daß er noch Besorgungen machen müsse. Dem Hotelier übergab er zwei angebliche italienische 100-Lire-Scheine und bat dafür um 50 RM., die er auch erhielt. Da er nicht zurückkehrte, schäfte der Hotelier Verdacht und mußte auf einer Bank feststellen, daß es sich nicht um italienisches Geld, sondern um rumänische Lei-Scheine handelt, die nur einen Wert von insgesamt 4,95 RM. besitzen. Der Unbekannte nannte sich in diesem Fall Anna Gozetta, 32 Jahre alt, aus Rom.

Wie vom Kriminalem festgestellt worden ist, ist der Betrüger bereits früher in verschiedenen Städten Deutschlands aufgetreten. Neuerdings scheint die obenbeschriebene Unbekannte mit ihm zusammen zu arbeiten. Vor dem betrügerischen Paar wird hiermit nachdrücklich gewarnt. Beim Wiederauftreten lasse man es festnehmen.

Die Schule bedeutet ohne Zweifel eine starke Belastung in gesundheitlicher Beziehung. Nicht selten beginnen Kinder von Schulbeginn an zu kränkeln, obwohl sie bis dahin gesund waren. Nicht ohne Grund ist der Begriff Schulkrankheiten entstanden, der vor allem die Nervosität, Kopfschmerz, Bluteruption, Appetitlosigkeit, Rückgratenskrümmung in sich schließt. Es ist ja auch nur natürlich, daß die Schule des Kindes Gesundheit verschärft. Stundenlang muß es hier in unphysiologischer Ruhe verharren, oft in unpassenden Posen sitzen, die Sinne schlafen lassen, das Auge in fortwährender Naharbeit verderben, staubige, verdorben Luft einatmen, die Nervenkrise aufzuziehen und, je ehrgeiziger und pflichttreuer es ist, um so mehr heftigen Gemütsbewegungen unterworfen sein. Das alles zusammenverbraucht ungeheuren viel Lebenskraft, das schwächt einen zarten Organismus, der doch gerade im starken Wachstum begriffen ist.

Mit der Schule allein ist das Kind noch nicht seiner Pflichten ledig. Daheim warten die häuslichen Aufgaben, die manchmal fast den Rest des Tages beanspruchen. Daneben steht das Kind noch häufig für sich, oder es harren andere Aufgaben der Erledigung, wie die Erziehung einer besonderen Kunst, bei den Mädchen der Handarbeiten, so daß für die Erholung manchmal gar keine Zeit bleibt.

Darum sind die Ferien für die Schüler eine Notwendigkeit. Sie sind die meiste oder weniger großen Pausen in der Arbeitszeit, die der Erholung, der Ausspannung, der Erneuerung der Kräfte dienen sollen. Es mag einzelne Kinder von so robuster Gesundheit geben, die Schule sie nicht weiter anstrengt, aber das sind Ausnahmen; die Mehrzahl hat die Ferien dringend nötig. Wichtig ist jedoch, diese Ruhezeit auch recht auszunützen, und das besteht sich vor allem wieder auf die großen Ferien, die nicht ohne Grund in die schönste Jahreszeit gelegt worden sind.

Wie dienen die Ferien am besten ihrem eigentlichen Zweck? Zunächst dadurch, daß die Schularbeit einmal völlig ausgelebt wird. Diese hat die jugendlichen Kräfte so sehr aufgezehrt, daß eine Ausruhe unbedingt erforderlich ist. Wie der Mensch am Abend den Schlaf, so braucht das Kind von Zeit zu Zeit der stärkenden Ruhepausen. Das Kind soll einmal eine Zeitlang nicht gebüllt dasdien, nicht mit dem Nachsehen die Augen verderben, nicht die Aufmerksamkeit nur auf die Lernstoffe richten. Es ist für das Kind schon eine Erholung, wenn es einmal eine Zeitlang nicht an die Bücher zu denken braucht, wenn es sich mal mehr anderen Dingen, besonders solchen seiner Neigung zuwenden darf, wenn es auch mal mehr nach seinen Wünschen Mensch sein kann. Ist es ausgeruht und ausgespannt, wird es auch freudiger und gesünder ausgelaufen, an die neuen Pflichten gehen. Nun gibt es manche Eltern, die ihren Kindern besondere Ferienaufgaben zu erledigen geben oder sie zwingen, schlechterfüllte Klassenleistungen aufzubessern oder durch Krankheit Verzäumtes nachzuholen. Die Absicht ist gut, der Weg ist nicht zu

empfehlen. Offenbare Faulheit soll während der Schulzeit bekämpft werden, und das frank gewesene Kind bedarf der Ferien erst recht, während das gutgehörerte ohne Ferienaufgaben auskommt.

Weil die Schule den Körper verschärft, soll sich dieser in den Ferien besonders kräftigen. Daher mag das Kind ruhig mehr schlafen, als es während der Schulzeit — oft aus Nervosität — vermögen. Sodann recht viel hinaus in die frische Luft, in die heilende, stärkende Lebensspiele, ins warme Sonnenlicht. Von besonderem Wert für die kleinen Kinder sind die Bewegungsspiele, wobei der Geist ausruht, das Gemüt sich unbelämmert freut, wobei sich der ganze Körper bewegen muß, wo mal alle Glieder aus der faulen Weise gerissen werden, wo am Abend eine gesegnete Müdigkeit einsetzt, die kräftigen Appetit und tießen Schlaf beschert.

Von hohem Wert sind auch Ferienwanderungen. Wenn irgend möglich, sollten sich Eltern mal freimachen und mit den Kindern ins Freie wandern. Da ruht der Geist wohltätig ab, da leben die Sinne auf, da wird der Mensch schauffig und hellhörig, die Natur stimmt das Herz freudig, und nebenher wird durch die Aufschauung doch noch mancherlei gelernt, was oft kein Buch mitteilt, und doch als Erlebnis lange in der Seele nachzittert. Wel solchen Wanderungen kommt es nicht auf ein bestimmtes Ziel, sondern auf den Weg an. Jeder Windel ist nach Humboldts Auspruch ein Abglanz der ganzen Natur, überall kann man ihren Ursprung empfinden, an ihrem Busen sich wärmen. Sie stimmen Fontaines Worte: Heimatland! Sei es Moor und Strand oder Fels und Sand. Es ist durchaus etwas zu gewinnen, wenn man's nur anschaut mit rechten Sinnen!

Die großen Ferien fallen in die eigentliche Reisezeit. Auch für die Kinder bedeuten Ferien ein wichtiges Kapitel. Manchmal lohnt doch auch sie eine Fahrt in die Ferne, am Ende dahin, wo es für sie am Schönsten ist, zu den Großeltern. Eine solche Fahrt wird auch in den Regel eine Erholung bedeuten. Auf der Fahrt lernt das Kind so manches kennen, was ihm seelische Bereicherung bedeutet. Auch eine Reise in die Berge, an die kräftigen Gestade des Meeres ist ihr Gutes, wenn sie wirklich nur der rechten Erholung dient. Wer es sich leisten kann, mal zu verreisen, mag seine Kinder mitnehmen und sie den ganzen Tag über draußen in Licht und Luft und Bewegung lassen. kleinere Stadtflinder werden heute schon vielleicht von allerlei Verselinen in die Ferienheime geschickt, aber in dieser Beziehung muß noch bedeutend mehr getan werden.

Wer läufig geschafft hat, dem darf man auch die Erholung gönnen. Arbeit und Ruhe gehören zusammen wie Ein- und Ausspannen. In diese Anschauung soll auch das Kind bereits hinzewachsen. Darum soll es wohl zur Arbeitsfreudigkeit erzogen werden, doch soll es sich auch dann die wohlbvierende Ruhe gönnen. Darin liegt erst die Gewähr für die lebensstarken Menschen.

P. Hoche (Berlin-Lichtenberg) in der Zeitschrift Gesundheit.

Recht wird Unrecht!

Die Aufhebung des Untermieterschutzes

Wir erhielten dieser Tage den Brief eines Postbeamten, der trotz seiner milchern sachlichen Schreibweise wie ein Notshrei, ein Protest gegen das wirkt, was man gemeinhin „Recht“ nennt. Der Brief lautet:

Seit Mai 1921 wohne ich Schnorrstraße 10, I. Im Jahre 1918 bot mir die Inhaberin der Wohnung über mir zwei leere Zimmer an. Meine Familie bestand aus elf Personen, einschließlich Schwiegervater. Ich mußte eine größere Wohnung haben und übernahm die Räume. Weihnachten 1921 starb die Wohnungsinhaberin. Ich teilte dem Wohnungsam mit, daß ich zwei leere Räume der Wohnung seit 1918 inne habe. Die gesamte Wohnung wurde beschlagnahmt und mir geständigt. Nach Klarlegung des Sachverhalts, mein Haushalt bestand aus vierzehn Köpfen, einschließlich des 78-jährigen Schwiegervaters, überließ mir das Wohnungamt die Räume auch fernherin. Da ich selbst nicht zweimal Hauptmieter sein konnte (siehe Angabe, erklärt man mir jetzt, war bei der Kopfzahl meiner Familie nicht zutreffend!), gab mir das Wohnungamt den Auftrag, für die restlichen drei Zimmer der Wohnung aus dem Wohnungsnachweis einen Mieter, welcher Anspruch auf zwei bzw. drei Zimmer hatte, zu suchen, der mich als Untermieter übernehmen und auch fernherin belasse. Unter mehreren hundert Berechtigten wählte ich den Kaufmann S. Er war mit den Bedingungen, die wir mündlich vereinbart, einverstanden und mußte sich in einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Wohnungamt verpflichten, mich bzw. meine Familienangehörigen „als Untermieter auch fernherin zu belassen“.

Um in den Besitz der ganzen Fünfzimmerwohnung, die er zu einem Tausch nach Dresden benötigte, zu gelangen, kündigte er mir zum 31. Dezember 1927. Ich nahm die Kündigung nicht an und beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Amtsgericht entschied, nachdem ich einen Gerichtsbeschluß über die Worte „auch fernherin belassen“ herbeigeführt hatte, zu meinen Ungunsten. Die Berufung gegen dieses Urteil beim Landgericht hatte denselben Erfolg. Ich wurde verpflichtet, am 30. Juni die Wohnung zu räumen. Da ich mit meinem 14köpfigen Haushalt, darunter ein achtundsechzigjähriger Schwiegervater und sechs Personen über neunzehn Jahren, keinen Ausweg sah, blieb ich wohnen. S. beantragte gerichtliche Räumung. Der Gerichtsoffizialer teilte mir mit, daß ich bis zum 14. Juli geräumt haben müsse, sonst würden die Möbel auf meine Kosten abtransportiert und unterge stellt. Durch Entgegenkommen von Anwohnern habe ich die Möbel untergebracht. Da ich Bettten nicht aufstellen kann, schlafen vier Personen auf dem Fußboden. Meine Frau ist infolge der Kümmerlichkeit und Sorgen schwer an Gallensteinen erkrankt. Zwölf Jahre waren die Jünger ihr eltern, dann mußte sie ohne Verhältnis heraus.

Der Hauptmieter kann dem Untermieter klagen, wenn er keinen Haushalt in den Räumen führt. Ob dabei ein Familienelement zerstört wird, ist gleich! Der Gelehrte hat das Gegen teil von dem gewollt, was sich im vorliegenden Falle auswirkt. Das ist bei Justiz gleich!

So der Brief. Wir haben uns in der Angelegenheit an das Wohnungamt gewandt und erfahren, daß der Sachverhalt, wie er in dem Briefe geschildert wurde, richtig ist. Das Wohnungamt trifft aber keine Schuld. Es hat sofort versucht, im Wege der gütlichen Vermittlung der Familie zu helfen. Als der Kaufmann S. nicht darauf eingehen wollte, teilte ihm das Wohnungamt mit, daß er unter vorliegenden Umständen seine Taufcheinlizen für die Fünfzimmerwohnung erhalten könne. S. hatte sich nämlich in dem obenerwähnten Vertrag dem Wohnungamt gegenüber verpflichtet, für den Fall, daß die Familie des Postbeamten die beiden Zimmer aufgeben würde, andere vom Wohnungamt zugewiesene Personen in die beiden Zimmer als Untermieter aufzunehmen. Obwohl also die so überaus anständige gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden,

handlungswise dem Kaufmann nichts nützt, will er der geschädigten Familie die beiden Räume nicht wieder zur Verfügung stellen, er will sich an ihnen für die durchaus einwandfreie Handlungswise des Wohnungsmates rächen.

Das Wohnungamt hat nun dem Herrn einen Räumungsbeschluß zugestellt, da er auf eine Fünfzimmerwohnung keinen Anspruch hat. Dagegen wurde Berufung eingelegt. Das Bedauerliche und Tragische an der Angelegenheit ist, daß das Wohnungamt der Familie des Postbeamten nicht helfen kann, da es nach der Aufhebung des Untermieterschutzes und da keine Bestimmungen über Zwileinquartierung bestehen, nicht in der Lage ist, der Familie wieder die beiden Zimmer zu verschaffen. Daß zwei Räume in einem anderen Hause nur ein ungenügender Erfolg sind, ist selbstverständlich.

Aus dieser Angelegenheit, wo durch das rücksichtslose Verfahren eines verantwortungslosen Menschen eine Familie ins Unglück gestürzt wird, ergibt sich, wie reaktionär und vollständig all die Forderungen der bürgerlichen Parteien sind, die für eine weitere Aufhebung des Mieterschutzes eintreten. Denn nur durch die Festigung des Untermieterschutzes muß das Amtsgericht das Räumungsurteil aussprechen. Recht wird Unrecht ...

Winkelwinkelwinke

Der nunmehr seinen hohen Zwecken entgegenwachsende Luftwirke am Bodensee, der schon lange bevor die ihn in die Welt sehenden Geburtswehen anhauen, den Namen Graf Zeppelin erhalten hatte, hat nun bald die Zeit seines Werdens überstanden. Seine Väter und Mütter und Geburtseltern sind schon mit großem und liebvollem Fleiß dabei, ihn für den ersten großen Ausflug in die weite Welt in der zweitnächsten Woche auszurüsten. Schon in den nächsten Wochen werden die seit langem angekündigten ersten Flüge stattfinden. In den ersten Julitagen berichteten wir, daß der Rat der Stadt sich darum bemüht hat, den Leiter des großen Unternehmens, Dr. Edener, dazu zu bewegen, auf einem seiner ersten Flüge durch Deutschland auch auf dem Leipziger Flughafen zu landen. Wie nun von der Tel.-Union mitgeteilt wird, hat Dr. Edener dem Oberbürgermeister Dr. Rothe mitteilen lassen, der Einladung des Rates nicht nachkommen zu können. Der Flughafen in Modau gestattet eine Landung nicht. Aber Dr. Edener ist kein Unmann. Er hat in seinem Schreiben versprochen, Leipzig zu überfliegen, daß die Leipziger Einwohnerchaft den Luftwirken deutlich vor Augen geführt bekommt. Die Sorge Dr. Edeners, sein Vorgesetzter könne sich auf dem schuhhalben Flughafen in Modau verhinken, löst es ihn vorziehen, lieber aus der Höhe herabzuwinken.

Raub und versuchtes Sexualverbrechen

Am 5. August, vormittags in der 9. Stunde, hat ein unbekannter Mann einer 18jährigen Hausstochter, die er vom Hauptbahnhof bis ins Rosental verfolgt hatte, 3 Mark aus der Hand gerissen und dann verschlief, sie zu vergewaltigen. Auf ihre Hilferufe eilte ein Radfahrer hinzu, der dem Unbekannten das Geld wieder abnahm, worauf dieser die Flucht ergreift. Leider ist er unerkannt entkommen. Er war 30–32 Jahre alt, etwa 1,72 Meter groß, stark gebaut, ohne Bart, hatte dunkles, langes Haar und finstern Blick. Bekleidet war er mit dunkelbraunem Anzug, schwanzundwaffelterter Mütze (Blaser). Im Gesicht, seitlich am Kinn, hatte er einen kleinen behaarten Oberlippensack und eine kleine Narbe. Unter besonderem Hinweis auf die Beschreibung des Unholdes werden Personen, die Angaben zur Ermittlung des Täters machen können, sich beim Kriminalamt zu melden.

32. Deutscher Krankenkassentag

2. Tag.

Bedeutung der Frauenkunde für die Krankenversicherung.

Der 2. Tag begann mit einem Vortrage von Professor Dr. Liepmann-Berlin, dem bekannten Direktor des Deutschen Instituts für Frauenkunde. Professor Dr. Liepmann sprach über die Bedeutung der Frauenkunde für die Krankenversicherung. Er legte dar, daß die Frauenkunde alles erfassen will, was der Gesundheitserhaltung der Frauen und Verhütung der gesundheitlichen Gefahren, die die Frauen besonders bedrohen, dienen kann. In diesem Zusammenhang wies der Vortragende darauf hin, daß die Zahl der Geburten schwächer seien, und daß die Geburten schlimmer unter der Frauenswelt würden, als z. B. die Tuberkulose oder die Geschlechtskrankheiten. Deshalb müßten die Krankenkassen auf die Frauenkunde besonderes Gewicht legen; sie müßten sich viel intensiver noch als bisher der Bekämpfung der Frauenkrankheiten annehmen. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß das Deutsche Institut für Frauenkunde, das unter der Leitung des Vortragenden steht, von den Krankenkassen errichtet ist und von ihnen unterhalten wird.

Das Thema

Fürsorge für gesundheitlich gefährdete Jugendliche

behandelte Kabinett Professor Dr. Thiele-Dresden und Geschäftsführer Maas-Berlin, der Leiter des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Beide Vortragende wiesen darauf hin, welchen Gefahren der jugendliche Körper gerade zu einer Zeit ausgesetzt ist, wo die Jugendlichen in das Erwerbsleben eintreten. Kein Bauer ist so dumm, ein junges Kind zur Arbeit heranzuziehen. Deshalb müsse von Staat und Gesellschaft ein erweiterter Schutz der Jugendlichen verlangt werden. Wenn man berücksichtigt, daß nach einer Statistik der deutschen Jugendverbände von 200 000 Jugendlichen jeder fünfte kein eigenes Bett habe, so werde diese Förderung bestreitlich erscheinen. Die Vortragenden saßen ihre Forderungen dahin zusammen, daß die bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Sinne einer Verbesserung und eines Ausbaus des Jugendabschrecks (Freizeit usw.) überprüft werden müßten. Es müssen außerdem Einrichtungen geschaffen und Maßnahmen durchgeführt werden, die ein sinngemäßes, der natürlichen Entwicklung der in das Erwerbsleben und die Arbeit hineinwachsenden Jugend entsprechendes Leben gewährleisten. Hieran schloß sich eine interessante

Diskussion,

in der Genossin Käthe Buchrucker die Bereitwilligkeit des Hauptratsausschusses für Arbeiterwohlfahrt betonte, am Jugendabschluß mitzuwirken. Marianne Wien stellte die Erfahrungen der österreichischen Schulsfürsorge, die unter hervorragender Mithilfe der Kärntnerischen Krankenkassen ausgezeichnete Erfolge aufwies. Geheimrat Rosenthal-Breslau verlangte Schutz der Jugend vor dem Alkohol und Professor Dr. Chajes, M. d. L., forderte planmäßige Durchuntersuchung aller Jugendlichen, um rechtzeitig eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

Professor Dr. Wilmann-Hamburg und Dr. Pryll-Berlin erörterten die Aufgaben der

Vertrauensoffiziere bei den Krankenkassen.

Der Vertrauensarzt ist das Bindeglied zwischen Kassenverwaltung und Kassenarzt. Er ist kein Gesundheitsarzt, sondern auch als Vertrauensarzt der Kranken dazu bestimmt, den Kranken der Kasse ihrer

zweckmäßigsten Behandlung zuzuführen. Professor Wilmann betonte bei dieser Gelegenheit, daß nach seinen Erfahrungen von einer unangebrachten Begehrlichkeit der Versicherten nicht gesprochen werden könne. Im Gegenteil, das Verantwortungsgefühl der Versicherten gegenüber den Krankenkassen sei erheblich gestiegen.

Der dritte Tag wird interessante Vorträge über Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen mit den Gemeinden bringen. Wir werden noch hierüber berichten.

Am Dienstag beschäftigte sich der Deutsche Krankenkassentag mit der Frage der

Arbeitsgemeinschaften.

Diese Arbeitsgemeinschaften sollen vor allem eine vorbeugende Krankheitsbekämpfung bringen. Dabei haben die Versicherungsträger, also vorzugsweise die Krankenkassen, mit den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege der Gemeinden zusammenzuarbeiten. Das Reichsministerium hat für die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften bereits Richtlinien vorgelegt, die es der Initiative der beteiligten Körperschaften überlassen, die zweckmäßigste Organisation für dieses Zusammenwirken zu finden. Die Beteiligten sind auch darin einig, daß im Interesse der Volksgesundheit und insbesondere zur Bekämpfung der Volksseuchen Arbeitsgemeinschaften gebildet werden müssen. Verschiedene Meinung besteht darüber, wer in diesen Arbeitsgemeinschaften die Führung zu übernehmen hat.

Die Debatte über die Arbeitsgemeinschaften wurde durch zwei große Vorträge eingeleitet, durch Ministerialrat Dr. Wankeleuth und Dr. Meissendorff. In der Diskussion wurde betont, daß die Krankenkassen den Arbeitsgemeinschaften nur dann beitreten können, wenn der Geist der geistlichen Armenpflege aus der Fürsorge verschwindet. Der Armenrechtsscharakter der Fürsorge muß unbedingt vermieden werden. Auch muß das Rücksichtsrecht der Gemeinde auf die Versicherten fortfallen. Ministerialrat Griseier vom Reichsarbeitsministerium betonte, daß soziale Versicherung und Fürsorge von Grund auf verschieden seien. Der Arbeiter von heute sei nicht bereit, die soziale Versicherung gegen die Fürsorge einzutauschen. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft darf auch niemals die Gemeinde, der Kopf und die Knochen der ernährbaren Männer sein. Professor Adam-Berlin, vom Reichsausschuß für die hygienische Volksbelehrung empfahl Zusammenfassung der Kräfte und Zusammenarbeit. Dr. Schwertes, Berlin, wies darauf hin, daß für die Arbeitsgemeinschaften nicht die Wohlfahrtspflege der Gemeinden schlechtlich, sondern nur das in Frage kommt, was die Gemeinden seit Jahren nur als Gedenkheitspflege betrieben. Wolle man positive Erfolge haben, so müsse es zu einem Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete kommen. Dr. Meures, Köln, verlangt für die Kassen gehörende Einfluss in der Arbeitsgemeinschaft und genügendes Mitbestimmungsrecht. Die Krankenkassen dürfen in den Arbeitsgemeinschaften nicht nur zahlen, sondern müssen etwas zu sagen haben.

Den Schlussvortrag hielt Redakteur Obras vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen, der über die vorbeugenden Einrichtungen für Kostenstellen Bericht erstattete. Darauf schloß sich die

Neuwahl des Vorstandes,

die eine Annahme der vom Gesamtvorstand und Beirat des Hauptverbandes vorgelegten Liste ergab. Gewählt wurden Stadtrat Ahrens, Berlin, als erster Vorsitzender, Kirchhof, Dresden, als zweiter Vorsitzender, Bendig, Berlin, und Nürnberg, Berlin, als stellvertretende Vorsitzende. Die Wahl des geschäftsführenden Vorsitzenden fiel auf Helmut Lehmann, Berlin.

Bundestag der Arbeiterradsahrer

Der 17. Bundestag des Arbeiter-Radsahrer-Bundes "Solidarität" wurde am Sonnabend in Hamburg eröffnet. Begrüßungsansprachen wurden u. a. von Vertretern des Hamburger Senats, der österreichischen Bundesbrüder, der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperspflege und der freien Gewerkschaften gehalten.

Der Bund steht weit aus an erster Stelle aller Radsportvereine; ihm sind, wie sich aus dem Geschäftsjahre des Bundesvorstandes ergibt, seit 1927 rund 50 000 neue Mitglieder beigetreten. Das reaktionäre Bayern versucht immer noch, der Organisation das Leben schwer zu machen. Es liegt u. a. ein Antrag vor, wonach der Bund mit Rücksicht auf die starke Zunahme der Kraftadmittglieder in "Arbeiter-Rad- und Kraftadverbund Solidarität" umbenannt werden soll; der Bundesvorstand hält eine erhöhte Beitragsleistung für Kraftadmittglieder für erforderlich. Ein weiterer Antrag verlangt, daß den Mitgliedern im Statut die Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaft vorgeschrieben werden soll. Der Bundesvorstand verlangt jedoch Ablehnung des Antrags, da er die Zugehörigkeit der Mitglieder zu einer freien Gewerkschaft als selbstverständlich erachtet.

Die Kassenverhältnisse des Bundes haben sich gut entwickelt. Zimmermann-Osnabrück sprach sich in seinem Kassenbericht u. a. gegen eine weitere Erhöhung der Unterhaltsförderung aus. Die Organisation sei keine Unterstützungsseinrichtung, sondern eine Sportorganisation. Deshalb müßten materielle Anträge zugunsten idealer Fragen, wie zum Beispiel für den Bau einer Bundeshalle, zurückstehen.

In der Aussprache wurde der Bundesvorstand aufgefordert, sich mehr als bisher genau an die Sanktionen zu halten. Von anderer Seite wurde eine bessere Ausgestaltung der Bundeszeitung sowie eine verstärkte Werbung von Kraftadmittgliedern verlangt. Gegen die Schreibweise des kommunistischen Redakteurs der Bundeszeitung wurden von den meisten Redern Vorwürfe erhoben; ihm wurde vorgeworfen, sich sehr häufig im Widerdruck zu dem Willen der Mitgliedschaft gefehlt zu haben. Auch die verdeckten Wühlerien der Kommunisten für ihre besonderen Zwecke wurden scharf verurteilt.

Reichstagsabgeordneter Schreck-Wiesfeld sprach dann über die soziale und kulturelle Bedeutung des Arbeitersports, wobei er auf die günstige Entwicklung des Arbeitersports hinwies. Die Arbeitersportbewegung habe sich immer mehr durchgesetzt und sich die Anerkennung nicht nur gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen Sport, sondern auch in den Reihen der eigenen Klasse errungen. Die große kulturelle Bedeutung des Arbeitersports sei nicht mehr zu übersehen. Der Sport sei heute so notwendig wie das Brot, weil die Arbeiterschaft sonst der Zermürbung durch das hastige Tempo der Wirtschaft verfällt. Der Sport solle die Lebensenergien im Arbeiter und in seiner Klasse weden und erhalten. Dazu gehöre auch, daß der Arbeitersport und mit ihm der Arbeiter-Radsahrer-Bund seine eigenen Leistungen nicht unter den Scheitel stelle.

Voraussetzung für eine weitere gute Entwicklung sei aber die Einheit des Willens der den sozialen Sport im Geiste des Sozialismus.

Am Montag, dem zweiten Verhandlungstage, wurde vor Eintreten in die Tagesordnung vom Vorstandstisch aus mitgeteilt, daß es leider am Sonntag bei der Radfahrt der Arbeiterradsahrer zu Ehren des Bundesstages zu bedauerlichen Zwischenfällen gekommen ist. Größere Trupps von Rotfrontkämpfern haben mehrfach und offenbar mit bewußter Absicht den Radzug durchbrochen und gestört. Einige Sportgenossen und -genossinnen wurden rücksichtslos von ihren Rädern geworfen, so daß sie leichte Verlebungen und Hautabschürfungen erlitten. Einige Rotfrontkämpfer versuchten sogar, Bundesfahnen herunterzureißen. Durch dieses Vorgehen ist leider die

Einheitlichkeit des ganzen Juges erheblich gestört worden. Diese Mitteilungen wurden mit lebhaften Psi: Rufen und großer Entrüstung vom Bundesstag aufgenommen. Sie zeigen nur zu deutlich, wie sich die Kommunisten "den Klassenkampf in den Arbeitersportverbänden" vorstellen.

Dann hielten die Referenten des Bundesvorstandes und der Ausschüsse ihre Schlussworte. Bemerkenswert ist daraus die Stellung des Bundesvorstandes zum Bundesredakteur und zur Kommunistenpolitik im Arbeiter-Radsahrer-Bund. Da der Redakteur seiner Erkrankung wegen nicht auf dem Bundesstag anwesend sein konnte, hatte man sich vom Vorstand aus am Sonntag zunächst in der Kritik über sein Verhalten zurückgehalten. Durch die allgemeine Aussprache herausgefordert, gingen die Referenten nunmehr darauf ein. Sie führten aus, daß es unmöglich sei, den Redakteur wie bisher zu halten und zu lassen, da er die Zeitung in den letzten Jahren fast ausschließlich im kommunistischen Sinne und in direktem Gegensatz zur Haltung des Bundesvorstandes redigiert habe. Der Bundesvorstand stehe auf dem Boden der Beschlüsse der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperspflege sowie der sozialistischen Sportinternationale. Wer sich außerhalb des Rahmens dieser Beschlüsse stellt, befindet sich auch nicht mehr im Rahmen der Bundesakademien und -beschlüsse. Das gelte für alle Sportgenossen und somit auch für den Bundesredakteur. Aus diesem Grunde sei auch der Antrag auf Einsetzung einer Pressekommission gestellt worden. Bezeichnend war hierbei noch die Mitteilung des Bundesvorstandes, daß gerade in Berlin, wo die Kommunisten die Organisation beherrschten, die Entwicklung des Bundes sehr zu wünschen übrig läßt.

Dann wurde zur Abstimmung von Anträgen geschritten. Einstimmig wurde beschlossen, die Organisation fünfzig "Arbeiter-Rad- und Kraftadverbund Solidarität" zu gründen. Abgesehen wurden alle Anträge, die statutarisch festlegen wollen, daß Bundesmitglieder politisch und gewerkschaftlich organisiert sein sollen. Zu den Unterstützungsseinrichtungen wurden dann eine ganze Reihe Abänderungen entsprechend den Vorschlägen der Staatskommission beschlossen. In namentlicher Abstimmung wurde ferner mit 50 zu 51 Stimmen der Antrag des Bundesvorstandes angenommen, fünfzig den Bundesstag hält alle zwei Jahre zu allen drei Jahren abzuhalten. Ebenso fand eine Anzahl Anträge zu Organisations- und Sportfragen Annahme. So beschloß der Bundesstag, daß Sportprämien, wie die Vergabe von Preisen und dergleichen zu unterteilen haben. Anträge auf Ausbau der Zeitung wurden dem Bundesvorstand zur Prüfung überwiesen. Die Einrichtung einer Organisationsdruckerei wurde dagegen abgelehnt. Sodann wurde noch beschlossen, eine Pressekommission von 5 Mitgliedern einzurichten, der sich der Bundesredakteur zu unterstellen hat. Darauf wurde der Bundesstag auf Dienstagmorgen vertagt.

Nach Eröffnung der Verhandlung am Dienstag morgen, wurde zunächst über die finanzielle Auseinanderlegung zwischen dem Bund und den Gauen beraten. Es wurde beschlossen, den Gauen vom Bund aus auf die eingegangenen Beiträge eine Rückvergütung von 10 000 Mark, statt bisher 8000 M., zu gewähren. Dann wurde über den Stand des eigenen Produktionsunternehmens, des Fahrradhause "Frisch auf", berichtet. Die beiden Geschäftsführer teilten mit, daß sich das Unternehmen gut entwickelt hat. Allerdings hatte es, wie alle anderen Betriebe auch, unter dem Konjunkturübergang auf dem Fahrradmarkt zu leiden. Dazu kam, daß das Unternehmen von vielen Fahrradbetriebstellen und Bundesgenossen überaus durch lange Kredite in Anspruch genommen wurde. Hier müsse eine Kündigung eintreten, da die hohen Außen-

Wo ruht die Pflicht?

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Heimausflug Machern. Am Freitag, dem 10. August, wichtige Heimausflüge, 19 Uhr, bei Gen. Släger, Töpferstraße 2. Alle müssen kommen. — Heimausflug hat: am 18. und 19. August, Frühstück am 26. und 28. August Hans Grubel, am 1. und 2. September Genosse Petermann. Das Heim wird belegt: am 18. und 19. August vom Bezirk Südost, am 25. und 26. August vom Bezirk Alt-Leipzig, am 1. und 2. September vom Bezirk Westen, am 8. und 9. September vom Bezirk Neuerer Osten, am 15. und 16. September vom Bezirk Norden II, am 22. und 23. September vom Bezirk Südwest, am 29. und 30. September vom Bezirk Süden, am 6. und 7. Oktober vom Bezirk Innerer Osten.

Südost. Alle Kinder in Machern sind gesund und munter. Marktstädt. Alle Kinder beteiligen sich nächsten Sonntag am Gewerbeschafffest.

Eutrich. Wir fahren vom 11. bis 18. August nach Machern, Kosten 5 Mark. Anmeldung bis zum 10. August bei Gen. Lukau. Connemir. Alle Gruppen gehen Freitag, den 10. August, auf Fahrt nach Machern-Lübziger Teiche. Treffen 7 Uhr, Kreuz, 20 Pf. Tagessorgfaltung und Badezeug mitbringen. Auch die Kinder aller Parteigenossen sind eingeladen. — Gruppe Leni-Akut und Elsa-Jille geht Sonnabend, 11. August, auf Fahrt nach Machern, Treffen Sonnabend, 14.30 Uhr, am Kreuz. Rückfahrt Sonntag abend.

Görlitz. Morgen Donnerstag Badeschiff nach dem Fortuna-

bad, 8.30 Uhr am Heim stellen, 25 Pf. und Tagessorgfaltung mitbringen, alle Gruppen und die Kinder des Oktovereins gehen mit.

Kleinmachnow. Wir spielen jetzt Mittwochs und Freitags, von 17.30 Uhr ab, auf dem Turnplatz des Arbeiterturnvereins Schleißig. Das Erscheinen aller Kinder ist notwendig, wir proben zum Kinderfest.

Mitglieder-Veranstaltungen

Thonberg-Neureudnitz. Sonnabend, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Himmelreich. Thema: Der Kampf um den Nordpol.

Böhm. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Heim. Referat Gen. Laumann über "Ausland von heute". — 19 Uhr, Bockfahrt. Pünktlich erscheinen.

Modern. Bibliothek. Sämtliche Bücher sind am Donnerstag, dem 9., oder spätestens Donnerstag, den 16. August, abzugeben. Ausgeliehen wird nicht mehr, die Inventur.

Alt-Leipzig-Nord. Morgen Donnerstag Mitgliederversammlung im Appelbaum. Aussprache über das Sommerfest; wichtige Mitteilungen; Verschleihen.

Eutrich. Die Kinderfreunde fahren vom 11. bis 18. August nach Machern, Kinder von Parteigenossen über 6 Jahre können sich noch bis zum 15. August melden bei Gen. Lukau, Delitzscher Str. 13.

ständen den Geschäftserfolg stark herabdrücken. Es soll übrigens auch die Fabrikation von Motorräder ausgenommen werden. Das bedeutet natürlich Neuanschaffung von Betriebsseinrichtungen, für die das Unternehmen zunächst größere Kredite in Anspruch nehmen muß. Man hofft dafür durch die demnächst stattfindenden Verhandlungen mit der Arbeiterbank zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen und damit auch eine wirtschaftliche Verständigung mit dem freigewerkschaftlichen Konkurrenzunternehmen, den Lindauerwerken, zu erzielen. Man hofft weiter, jetzt endlich mit der GEG gleichfalls in Geschäftsbinding treten zu können.

Den Berichten schloß sich eine längere Debatte an. Die gute Entwicklung des eigenen Unternehmens wurde anerkannt. Kritik wurde aber an dem Vorgehen der freien Gewerkschaften wegen der Gründung ihrer Fahrradfabrik geübt. Man bedauerte, daß es bisher noch nicht gelungen ist, sich zu verstündigen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß recht bald der unselbstliche Zustand des Konkurrenzmarktes zwischen zwei Arbeiterunternehmen aufhören möge. Im Interesse der Arbeiterbewegung müßten beide Parteien sich jetzt betreuen, eine Grundlage der Verständigung zu suchen.

Nach den Schlussworten wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach der Bundestag beauftragt wird, die mit den Lindauerwerken angebahnnten Verhandlungen weiter zu führen, um eine Verständigung zu erzielen. Der Bundesstag ist damit einverstanden, daß zwischen dem Fahrradhause "Frisch auf" und den Lindauerwerken ein Vertrag auf der Basis einer Interessengemeinschaft abgeschlossen wird, durch die aber die Selbständigkeit des Fahrradhause "Frisch auf" nicht angetastet wird. Dem Bundesvorstand und der Geschäftsleitung des Fahrradhause wurde im übrigen einstimmig Entlastung erteilt. Ferner wurden einige geschäftliche Anträge zum Fahrradhause erledigt.

Rasche Wiedererwärmung

Der seit geraumer Zeit zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mitteleuropa herrschende beträchtliche Unterschied in den Wetterverhältnissen hat seinen Ausgleich durch erhebliche Temperaturrückgänge auch im Süden gefunden, die durch Gewitter, Landregenartige Niederschläge und Stellenweise, wie in der Bamberg-Bergen, durch Wirbelstürme eingesleitet wurden. Der Kaltluftsturm erfolgte auf der Rückseite einer Störung, die zu Ende der Woche über Frankreich und Spanien entstanden war, und die durch die großen Temperaturgegensätze bemerkenswerte Energie gewann. Im Gegensatz zum Süden, wo die Wetteränderung mit großer Beharrlichkeit erfolgte, bot Norddeutschland während der letzten Tage das Bild einer sommerlichen Regenperiode mit zunächst noch ziemlich kalten Temperaturen, die erst Montag zu sinken begannen, nachdem rasche und starke, von Westen nach Osten sich fortspülende Drucksteigerungen den Vorbergang des Tiefdruckwurms und des Nachdrängen der nördlichen Kaltluft anzeigen. Im übrigen waren die zum Teil bedeutenden Regenfälle für die meisten Gegenden sehr erwünscht, da nach dem meist viel zu trockenen Juli sich schon Durst bemerkbar machte. Die zur Zeit erfolgende Zunahme des Lustdrucks wird sich, wie bereits im deutschen Westen, schnell auch in den östlichen Landesteilen zur Gestung bringen, wo die Regenschauer gleichfalls nachlassen und von heiterer, wärmerer Witterung abgelöst werden. Ob die Wiederkehr sommerlichen Hochdrucks wiederkehrt, bleibt freilich noch abzuwarten.

Kentner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsbeschädigte, Ausgabe von Hammelfleisch, gute Qualität, Freitag, am 10. August, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, am 11. August, von 8 bis 14 Uhr, im südlichen Schlachthof. Einheitspreis das Pfund 95 Pf. Außerdem findet Ausgabe von billigem Speck statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Freibank I und II. Morgen Donnerstag freier Verkauf.

Veranstaltungskalender

Donnerstag, 9. August 1928.

Deutscher Baumarkt, Volkshaus, 19 Uhr. Sezessionsmonteure und Hölzer, Volkshaus, 16.30 Uhr. Werkzeugmacher, Betriebsräte und Vertrauensleute, Volkshaus, 19.30 Uhr.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Geb. Kalbsbrust mit Gemüse 1.10
Schlachtfest — Morgen: Kalbsgulasch mit Käse 1.10
Gebackene Kartoffelöle mit Rennouille und Kartoffelsalat 65 Pf.

Der prügelnde Pfarrer

Eine Justizkomödie

Der frühere Direktor eines Dresdner Fürsorgeheims, des Magdalenen-Hilfsvereins, Pfarrer Hickmann, war Ende Mai vom Dresdner Gemeinsamen Schöffengericht wegen jüngriger gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung zu 352 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte in der Zeit von Frühjahr 1926 bis Ende 1927 an vier verschiedenen Anstaltsjöglingen, er wachsenen Mädchen im Alter von 17 Jahren, Prügelprozeduren vorgenommen, indem er dem einen der Mädchen mit dem Rohrstock drei Schläge in den Nacken, den drei anderen Mädchen je fünf und sechs Schläge mit dem Rohrstock auf die Füße verpasste; bei einem der Mädchen nahm er diese Misshandlungen zweimal vor, in zwei Fällen hatte der Prügelpädagoge bei seiner Züchtigung den Mädchen die Röcke bis auf Hose und Hemd aufgerissen.

Hickmann, der 1881 geboren ist, fungierte nach seinem theologischen Studium, ohne ein Pädagogik-Examen abgelegt zu haben, zunächst als Lehrer und Erzieher des Grauen Hauses in Hamburg, trat dann in den Dienst der inneren Mission und wirkte seit 1925 in Dresden. In der Dresdner Anstalt soll, wie er angab, eine Disziplinarordnung nicht bestanden haben. Hickmann will auch keine Dienstanweisung erhalten haben, die das Strafrecht an den Jöglingen regelte. Die in der Oeffentlichkeit bestehende starke Bewegung gegen die körperliche Züchtigung habe sich seiner Auffassung nach nur auf die Volksschulen (!) bezogen, und seine Prügeleien, mit denen er gleichzeitig die christliche Erziehungswelt kompromittierte, und die sich gegen im Grunde harmlose Verfehlungen richteten, wollte er sich so-

zusagen als Ausdruck eines väterlichen Verhältnisses vorbehalten haben.

Die Staatsanwaltschaft und das als Vormund einer der Geächtigten als Nebenlägerin auftretende Jugendamt forderten ungewöhnlich milde Urteile an. Das Jugendamt erstrebt in erster Linie eine Erhöhung der wegen der Mißhandlung eines seiner Schützlinge, einem Fräulein Dietrich, verhängten Strafe an und verlangt außerdem die Zubilligung einer Geldbuße von 200 Mark. Auch die Staatsanwaltschaft forderte eine Verschärfung der Strafe. Die Berufungsverhandlung sollte am Dienstag vor der dritten Berienstrafkammer des Landgerichts Dresden geführt werden.

Dazu ist es nicht gekommen. Vor Eintritt in die Verhandlung erbot sich nämlich die Partei des Prügellehrlings zu einer freiwilligen Buße von 100 Mark für den Fall, daß das Jugendamt auf seine Berufung verzichte. Als der Vertreter des Jugendamtes auf einer Buße von 200 Mark beharrte, gab der Angeklagte schließlich klein bei und erhöhte sein Angebot auf diese Summe. Staatsanwaltschaft und Jugendamt zogen daraufhin die Berufung zurück; die Kosten wurden teils der Staatsfalle, teils der Nebenlägerin aufgelegt.

Der prügelnde Theologe ist damit auch in der Berufungsinstanz mit der äußerst milden Geldstrafe von 350 Mark, verschärft durch eine Geldbuße von 200 Mark, davongekommen. Der Ausgang des Verfahrens dürfte jedoch in der Oeffentlichkeit eine helle Entzückung auslösen. Dem schon erschütterten Vertrauen in die deutsche Justiz ist durch diesen neuen Fall ein weiterer empfindlicher Stoß versetzt worden.

Das ewige Klagekind

Durch Wolfs Sächsischen Landesdienst wird folgende Schilderung der sächsischen Wirtschaftslage verbreitet, die offenbar von industrieller Seite stammt:

Die Wirtschaftsberichte der letzten Zeit stellen in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen oft die Frage, ob mit einem weiteren Absinken der Konjunktur zu rechnen ist oder ob man bei einer ruhigen Weiterentwicklung eventuell mit einem langfristigen Wiederanstieg wird rechnen können. Die ungeahnten Steuerlasten, die fast bei jedem Tarifkampf sich steigernden Lohn- und Gehaltsforderungen und die Versuche, die Arbeitszeit gleichzeitig zu verkürzen, wirken sich mehr und mehr in einer allgemeinen Schwächung der Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft aus. Die stillen Reserven aus der Zeit der Umstellung sind durch die Steuern, die Lohnkämpfe der letzten Jahre in vielen Fällen in erschreckendem Umfang zusammengezahlt oder vollkommen aufgezehrzt worden. In der letzten Gesamtvorstandssitzung des Verbandes Sächsischer Industrieller wurde diese Lage erneut durch Berichte aus den verschiedensten Industriezweigen und Ortsgruppen mit besonderem Nachdruck bestätigt. Es bedarf ferner die Tatsache einer besondren Hervorhebung, daß manche Industrien Sachens schon geräumte Zeit, zum Teil mehrere Jahre, danebenliegen.

In dieser Beziehung sei auf die langanhaltende Notslage großer Teile der Schuhwarenindustrie, der Knopfproduktion, der Stoffindustrie, der Musikinstrumentenindustrie, mancher Spielwarenfabrik und der Leinenindustrie hingewiesen. Außerdem seien viele Gewerbezweige sehr schwer unter der Dumpingwirkung, die zum Teil mit großem Erfolg sich auf inländische Kleidungsstücke ausstieß. Hierüber liegen sehr lebhafte Klagen auch aus der sächsischen Textilindustrie vor. Früher haben die Unternehmungen bei schlechten Geschäftsjahren sich schlichtlich immer wieder durch günstige Konjunkturen der Zwischenzeit erhalten können. Hierbei kam ihnen auch die mehrjährige Steueraufschlüsselberechnung zugute. Jetzt nimmt der Staat die Überschüsse erträglicher Jahre und damit die Reserven für schlechte Zeiten weg. Von bestunterrichteter Seite wird auf die Tatsache hingewiesen, daß manche Firmen tatsächlich mit schweren Verlusten arbeiten, dennoch aber Steukämpfe durchzuführen haben. Der Mangel an Rentabilität, Zwangswirtschaftsmassnahmen, die langsame Bildung von Sparkapital usw., tragen neben der noch immer herrschenden Uniberschuldigkeit der Verhältnisse zu den ungünstigsten Kreditbedingungen, unter denen in vielen Fällen die mittlere und kleinere Industrie Sachens sehr stark zu leiden hat, in hohem Maße ihr Teil bei. Alle Bemühungen, die Bedingungen erträglicher zu gestalten, werden durch die noch bestehende Schwäche des inländischen Kapitalmarktes und die Bedingungen der ausländischen Geldgeber erschwert.

Ermäßigungen der Kostenholzlasten und Erhöhung der Beleihungsfähigkeit sind neben der Wiederherstellung größerer Bewegungsfreiheit im Weltkampfe die unerlässlichen Voraussetzungen für eine Stärkung gegenüber schweren Konjunkturschwankungen.

Es ist das alte Nied, das wir immer wieder zu hören bekommen, die hohen Löhne, die hohen Steuern, die hohen Soziallasten sind schuld daran, daß es unserer Industrie schlecht geht. Dabei ist es mit den Händen zu greifen, daß gerade die sächsische Industrie, die in der Hauptfläche jetzt in Industrie ist, darunter leidet, daß die Kaufkraft der Massen so gering ist, daß die Löhne so niedrig sind und deswegen die große Masse der Verbraucher nicht so viel Waren kaufen kann, wie unsere Industrie herzustellen vermag. Dass es in Zeiten des Konjunkturrückgangs auch den Unternehmern oft nicht glänzend geht, ist eine alte Geschichte, aber daß die

angeblich zu hohe Belastung der deutschen Industrie in Wirklichkeit nicht so unerträglich ist, das zeigen die verhältnismäßig guten Ergebnisse, die z. B. unsere Altindustrien nach den vorliegenden Statistiken im Jahre 1927 erzielten. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß es Betriebe gibt, die auch in der Zeit der guten Konjunktur nicht auf einen grünen Zweig kommen könnten. Fraglich ist nur, ob die bösen Löhne, Soziallasten und Steuern daran schuld sind, wenn so mancher Unternehmer nicht so gute Geschäfte macht, wie er sich das wünscht.

Unter unseren Unternehmern gibt es so manchen, der den Aufgaben, die heute bei der Leitung eines Betriebes zu erfüllen sind, nicht gewachsen ist, weil ihm die nötigen technischen und kaufmännischen Kenntnisse oder Fähigkeiten fehlen, und viele Betriebe kommen deshalb nicht vorwärts, weil sie technisch und organisatorisch nicht auf der Höhe stehen.

Freilich kommt es auch vor, daß ein gut geleiteter Unternehmen schwer zu kämpfen hat, weil es sein Absatzgebiet verlor und im Inland oder Ausland neue leistungsfähige Konkurrenzunternehmen entstanden. Aber in der kapitalistischen Wirtschaft ist nun einmal kein Kraut dagegen gewachsen, daß Veränderungen der Markt- und Absatzverhältnisse diesem oder jenem Unternehmen oder auch ganzem Industriezweigen die Lebensmöglichkeit nehmen. In den meisten Fällen hat unter derartigen wirtschaftlichen Umwälzungen der Arbeiter noch viel schwerer zu leiden als der Unternehmer, weil der Arbeiter dabei oft seine Arbeit und damit seine Existenz verliert, während die Herren Unternehmer sich meist immer noch leichter helfen können als ihre Arbeiter und Angestellten.

Der Seelenfreund des Feindes

In Eschede bei Frohburg lebt gut und gern der Pfarrer Krieger. Ebenso wie die durchbare Wohnungsnot unserer Zeit ist ihm natürlich auch das biblische Gebot bekannt, wonach der Christ mit seinen notleidenden Menschenbrüder teilen soll. Aber dieser Priester ist vielleicht der Meinung, daß biblische Gebote nur für das gewöhnliche Volk Geltung haben, denn er selbst teilt seine außerordentlich große Wohnung, die man ohne Uebertreibung als ein kleines Schloß bezeichnen kann, mit seinem Odbach oder Wohnunglosen. Dafür hat er andere Vorzüge. Im Militärvierein, wo das Andenken an vergangenen Menschenmord und die geistige Einstellung für den künftigen gepflegt wird, spielt er eine geschätzte Rolle. Was er als Diener des Gottes, der seine Nächsten zu lieben befiehlt, dort will? Will er sich von den alten Haudegen belehren lassen, wie man einen Franzosen funktionsgerecht töten, etwa durch einen Schlag mit der Bibel auf den Schädel? Ich glaube nicht. Oder will er den Kriegern predigen, daß die kriegerische Tradition für den wahren Christen das unanständigste und schamloseste Verbrechen ist? Glaube ich auch nicht. Iwar hat der Eschedeler Pfarrer manchmal auch Gefäß auf durchaus friedliches Christentum. So gibt er sich die größte Mühe, die Kinder und alten Frauen unter seinem geistlichen Hüttenstab zu halten, zu seinem andern Zwecke, als um ihnen das 5. Gebot beizubringen: Du sollst nicht töten! In den von ihm eifrig geförderten Vereinen der Jungmänner und Jungfrauen ist er schon weniger streng. Da belehrt er die jungen Menschen, daß sie darf auf ein Vaterland von schwarz-weiß-roter Farbe sein möchten, für das zu morden oder ermordet zu werden nach seiner Meinung sich sein soll. Über ganz weitherrig ist er gegen sich selbst.

Der ehemalige Oberleutnant Schulz, wegen Unstiftung, Duldung und Billigung bestialischer Meuchelmorde zum Tode und zu Zuch-

haus verurteilt, zur Zeit zu Gefängnis beugnigt, erfreut sich der besonderen Gunst des Eschedeler Seelenhirten. Er schreibt ihm Briefe in das Gefängnis, um ihm „geistlichen Zuspruch“ zu bieten. Selbstverständlich weiß Herr Krieger, daß im Gefängnis Plötzensee ein Geistlicher amtieret, der für den Feindemörder Schulz zuständig ist. Traut Herr Krieger seinem Plötzensee Amtsbruder nicht genug Fertigkeit im geistlichen Zusprechen zu? Das ist nicht anzunehmen. Nein, es geht um mehr als geistlichen Zuspruch. Es geht um eine Sympathie mit dem Feindemörder, um die Anerkennung einer geistigen Verwandtschaft zwischen Pfarrer und Feindemörder. Wie stark die Erinnerung an angeblichen geistlichen Zuspruch überwogen haben muß, geht daraus hervor, daß die Gefängnisverwaltung den Brief an den Gefangenen nicht ausändigte.

Die Richtsprechung von Briefen an Gefangene geschieht täglich hundertfach in Deutschland. Hat der Pfarrer Krieger in Eschede schon ein einzigesmal dagegen protestiert? Nein, denn da handelt es sich immer um politische linksstehende Gefangene. Erst im Hause des Feindemörders Schulz, der für seine extrem rechte Gesinnung selbst über Leichen geht, da findet der heilige Seelenhirt die Proteste. Doch er ist in den berüchtigten „Leipziger Nachrichten“ ausgestoßen, macht das Bild dieses Christen noch klarer. Und da er seine Stellung so eindeutig politisch festgelegt hat, nimmt er auch nicht mehr Wunder, wenn er die Strafvollzugsbehörde ansprechen. Er lebt zwar, doch der Christ nicht töten solle, aber er gehört selbst einem Kriegerverein an. Er lebt zwar, doch der Christ alle seine Habe den Armen geben solle, aber er lebt selbst in einem vielzäumigen Schlafzimmers. Er lebt zwar, doch der Christ seinen Nächsten lieben solle, aber fühlt moralisch einen verabscheuenswerten Feindemörder durch sein Wohlwollen.

Und so fort. Der kriegerische Geist, der im Hause des Pfarrers zu Eschede herrscht, daß die Heilige Geist ist heute die Regel in evangelischen Pfarrhäusern. Er wird vielen die Augen öffnen. Prolog.

Bittau. Abgestürzt. Durch Absturz vom Scharfenstein erlitt ein gewisser Bösel aus Dresden erste Verletzungen. Der junge Mensch wollte vom Scharfenstein aus fliegen, stürzte dabei eine 40 Meter hohe Wand hinunter, trug einen Bruch des rechten Oberschenkels und innere Verletzungen davon. Er entging knapp dem Tode.

Aus der Umgebung

Knaulseeberg. Aus dem Gemeinderat. In der letzten Sitzung nahm man Kenntnis, daß versucht wird den jährlichen Omnibusverkehr zu verbessern, und zwar möchten anstatt der täglichen drei Fahrten mindestens fünf Fahrten Leipzig-Knaulseeberg-Zwenkau erfolgen. — Anstatt des geplant gewesenen Kleinpflasters will man in der Seumestraße, in welcher das Schulgebäude liegt, geräuschloses Hartgipsaltpflaster anbringen. — Die Maurerarbeiten zu dem Feuerwehrdepot, das nunmehr in Angriff genommen wird, wurden vergeben. — Ferner verkaufte man an zwei kriegsbeschädigte Siebler gegen die Stimmen der Kommunisten zwei kleinere Baupläne mit der Maßgabe, daß der Erlös daraus zum Bau der acht Notwohnungen mit verwendet werden soll. — Falls dadurch die Finanzierung dieses Projekts gesichert wird, würden in diesem Jahre in der Gemeinde Neuwohnungen geschaffen sein. Trotzdem bleibt die Gemeinde noch um ein beträchtliches bestehen. — Die Gemeinde veranstaltete Verfassungssitzung am 11. August, 18 Uhr, im Rathaus zum weißen Ross unter Leitung des Sängerverein und Gemischt Chores statt.

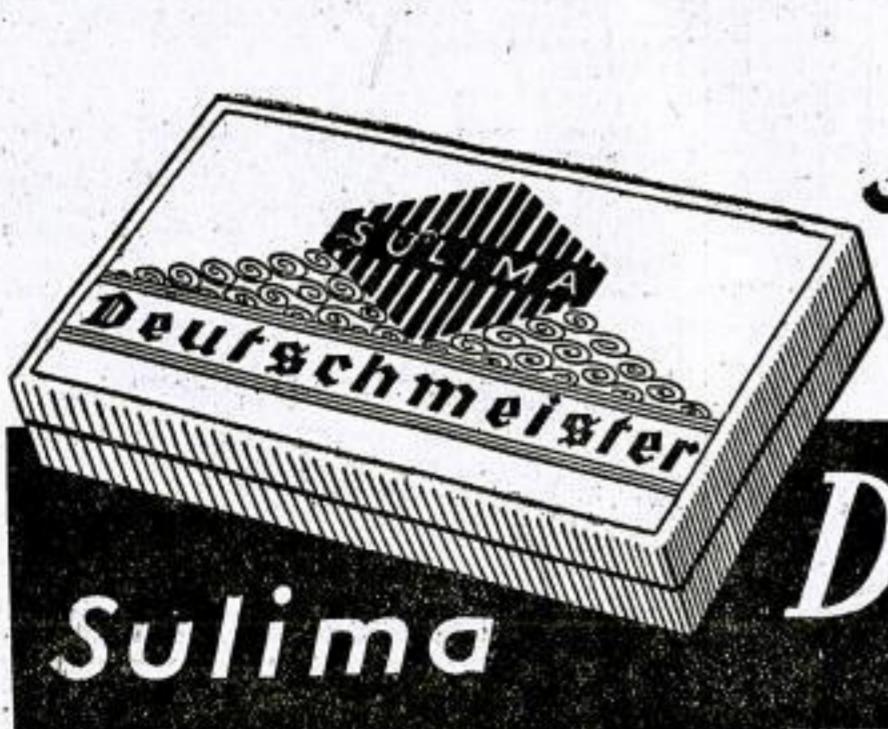
Parteiversammlung. In der letzten Versammlung wurde nach einem Vortrag und lebhafter Aussprache beschlossen, die Gemeindevertretungskontrolle zu beauftragen, in der nächsten Gemeindevertretungskontrolle Anträge auf Einleitung von Vorverhandlungen mit der Gemeinde Knaulhain auf Zusammenlegung zu der Gemeinde Knaulhain zu einer Gesamtgemeinde zu stellen. Wer man sich auch darüber klar, daß bei der rücksichtlichen Einstellung der bürgerlichen Mehrheit der Knaulhainer Gemeindevertreteten die Verhandlungen nicht leicht sein werden, so muß doch der Sache wegen diese Angelegenheit erneut angeschnitten und verhandelt werden. — Über den weiteren Verlauf der Dinge werden wir berichten.

Markranstädt. Vom Rade gestürzt. Dem Tischlerlehrling Krause von hier, ist am Montag gegen Mittag, auf der Fahrt nach Leipzig, die Gabel seines Rades zerbrochen. Er stürzte unglücklich vom Rade, daß er mit einigen Verletzungen beseitigunglos liegen blieb. Nur durch entschlossenes Handeln seines Freunde, der den zu dieser Zeit nach Markranstädt fahrenden Autobus anhielt, konnte dem Verletzten bald ärztliche Hilfe zuteil und er dem hierigen Krankenhaus überführt werden, wo er nach einer Zeit wieder zur Besinnung kam.

Groitzsch. Die Zentralbibliothek der Partei und Gewerkschaften ist in Zukunft jeden Sonnabend von 15.30 bis 18 Uhr geöffnet. Das Ausgabebüro ist nach wie vor in der kleinen Gaststube des Alten Schützenhauses. Die nach dem Sternschen System eingerichtete, rund 800 Bände umfassende Bibliothek sollte für die kommenden Herbst- und Winterabende von der organisierten Arbeiterschaft stark frequentiert werden.

Ungern. Eine Gasse waren diejenigen Feuerwehrleute, die am Sonntag hier stattgefundenen 50-jährigen Stiftungsfestes der Freiwilligen Feuerwehr, welche bei ihrer Rückfahrt zwei aus dem Zug steigende Reichsbannerlerameraden, die vom Gaschwitzer Partei- feld zurückfamen, in unflätigster Weise beschimpften. Wenn die rüpelhaften Menschen auch in stark alkoholisiertem Zustande waren, so ist es durchaus nicht entshuldbar, wenn sie sich für von der Arbeiterschaft in großzügiger Weise gewährte Gastfreundschaft in so einer Weise bedanken. Gut war es aber, daß unsere Vertreter eine Beteiligung an der Feier ablehnten. Man sollte es immer noch halten und die rein bürgerlich eingestellten Leute hübsch unter sich lassen.

Umbenennung. Wie das Ministerium des Innern bekanntgab, führt die Gemeinde Hartmannsdorf bei Markranstädt künftig die Bezeichnung Hartmannsdorf bei Leipzig.



**Immer gern geraucht,
denn sie ist vollwertig,
leicht und mild!**

Deutschmeister
CIGARETTEN



Ein dummer Kerl.

Erzählung von Elisabeth Denance.

Es war einmal ein kleiner Junge, der hieß Wilfried. Er war nicht hässlich, aber auch nicht gerade hübsch. Seinem Gesicht fehlte es an Weichheit; und man sieht doch gerade die kleinen Jungen, die ein Mädchengesicht haben.

Wilfrieds Gesichtsausdruck war sogar etwas hart. Er führte gewiß kein angenehmes Leben, das stimmt schon. Sein Vater war krank und das, was die Mutter verdiente, war ganz ungenügend, um die Familie zu ernähren. Aber, nicht wahr, gerade deswegen hätte Wilfried beobachtet sein sollen, um sich bei den Leuten beliebt zu machen, die ihm vielleicht hätten helfen können. Er war intelligent genug und hätte das einsehen sollen.

Während eines kalten Winters starben Wilfrieds Eltern alle beide. Niemand wunderte sich darüber und, mein Gott, jeder sagte, daß es sehr sei, zu schlafen.

Wilfrieds Lage änderte sich plötzlich. Ein benachbarter Fabrikdirektor, der sehr reich war, aber darunter litt, keinen Sohn zu haben, adoptierte ihn. Manche Kinder haben doch wirklich Glück! Wilfried trug fortan schöne Kleider, ob soviel er wollte und konnte jeden Tag in die Schule gehen.

Sein Adoptivvater war aber gar nicht zufrieden mit ihm. Wilfried machte ihm andauernd Sorgen. Seine Schulnoten waren nicht in Ordnung. Er las verbotene Bücher. Eines Tages hatte er sich sogar mit anderen Schülern verprügelt. Mit schwunghaften und zerissen Sachen kam er heim. Wilfried hatte einen seiner Schulfreunden verteidigen wollen, der von älteren Schülern angegriffen worden war. Diese Donnerglocke grüßt dem Industriellen gar nicht. Nachdem er Wilfried weidlich verprügelt hatte, drohte er, ihn ins Elend zurückzustossen, wenn er wieder solchen Unsinn anfangen würde.

Wilfried hatte seinen Adoptivvater lange schweigend angesehen. Was mochte in seinem Hirn vorzehen?

Er schwam kaum irgendwelche Ideen, so zu seinem Wohltäter zu versprechen; auch nicht zu dessen Tochter Margarete, einem hübschen, rosigem Kinde von großer Wohlzogenheit. Eines Tages (ich wage kaum, es zu sagen!) hatte Wilfried sie sogar an den Haaren gezogen und hatte sie "Heuchlerin" genannt. Das arme Mädchen!

Man hatte immer gehofft, daß Wilfried sich bessern würde, aber die Jahre vergingen, ohne die erwünschte Wirkung auszuüben.

Als Wilfried 18 Jahre alt war, ließ ihn sein Wohltäter in seiner Fabrik als Arbeiter tätig sein. Er wollte nämlich, daß Wilfried später die Fabrik leite und alles von Grund auf lerne. Wilfried war auch nicht faul. Er interessierte sich sogar sehr für die neue Tätigkeit und wurde bald einer der besten Arbeiter. Unglücklicherweise ließ ihm dieses Leben zu viel Freiheit. Er nahm sehr schlechte Gewohnheiten an, gab sich mit schlechten Menschen ab, mit Sozialisten, die niemals mit ihrem Lohn zufrieden waren und immer von Streik und Revolution sprachen.

Eines Tages brach ein Ausstand aus, und Wilfried unterstürzte die Streitenden, anstatt sie zu beschwichtigen. Für den Industriellen war das ein harter Schlag. Der Augenblick des Streits war ihm so unpassend wie nur möglich. Er hatte gerade gehofft, sein Vermögen durch eine geschickte Börsentransaktion zu verdoppeln. Unmöglich konnte er seine Fabrik ruhen lassen. Er mußte notgedrungen die Löcher stopfen.

Natürlich war er sehr wütend auf Wilfried. Diesmal wollte er ihn bestimmt von sich loswerden.

Wußt ihr, wie sich für ihn einfache? Margarete! Das entzückende Kind war ein sehr schönes junges Mädchen geworden. Seine großen Augen und die frische Gesichtsfarbe riefen allerseits Bewunderung hervor. In jungen und reichen Brüderungs-Umwältern schätzte es nicht. Sie verschmähte aber alle. Liebe ist bekanntlich blind. Sie liebte Wilfried.

Der schwere aber gar nichts zu merken; auf die vielsagenden Blüte, die sie ihm zuwarf, antwortete er mit einem unbedeutenden Wort, mit einem harten Blatt.

Um die Wahrheit zu sagen: er liebte auch. Doch, welche Dummheit! Er liebte ein armes Mädchen, eine kleine Schneiderin, die nicht einmal besonders hübsch war, die Schwester eines seiner Komraden. Es gibt wirklich Wesen, auf die eine gute Erziehung gar keinen Einfluß hat. Nachdem er in der Familie seines Adoptivvaters so viele prächtige gesellte Damen gesehen hatte, schenkte er sein Herz dieser kleinen Schneiderin, die nur aller paar Jahre einen neuen Hut hatte und ihre alten Kleider immer wieder neu herstellen mußte!

Schließlich konnte sich Margarete nicht länger halten. Sie gestand ihre Liebe zu Wilfried ihrem Vater. Der war nicht böse. Denn im Grunde schätzte er Wilfried trotz allem. Er hatte ihn ja ausgezogen, und da er so einen Teil seines Kapitals in ihn hineingesetzt hatte, war er ja ein Teil seines Selbst geworden. Er kannte Wilfrieds Intelligenz und Arbeitsfreude und dachte, daß er später einen ausgezeichneten Unternehmer abgeben würde.

Er rief Wilfried zu sich und sagte einfach: "Ich habe eine freudige Mitteilung für dich, mein Junge. Es scheint, daß du zu gefallen weißt. Nächsten Sommer wirst du Margarete heiraten." Ihr denkt gewiß, daß Wilfried vor Dankbarkeit auf die Knie fiel.

O nein! Dieser Undankbare! Dieser dumme Kerl!

"Ich danke vielmals", sagte er, "ich werde Margarete nicht heiraten."

Malt euch selbst aus, welches Erstaunen den Vater befiel und in welchen Zorn er ausbrach! Dieser Lausejunge, den er von der Strafe aufgelezen, aus dem er etwas gemacht hatte, wollte seine Tochter nicht!

Doch er würde schon sehen.

Noch am selben Abend wurde Wilfried aus dem Hause und aus der Fabrik entfernt. Das war doch wirklich das einzige Richtige! Nach einigen Tagen fand Wilfried in einer anderen Fabrik eine Stelle als gewöhnlicher Arbeiter. Einige Monate später heiratete er sein armes Mädel.

Seine Frau mußte bald aufhören zu arbeiten. Sie war schwanger, und der Arzt hatte vollkommene Ruhe angeordnet. Das Treffen der Nähmaschine hätte ihr schaden können.

Das war unangenehm, denn nun verdiente sie nicht mehr. Wilfried ging zu seinem neuen Unternehmer und bat um Lohn erhöhung. Natürlich wurde sie ihm abgeschlagen. Das war ja auch einfach lächerlich. Raum war Wilfried ein paar Monate da, und da wollte er auch schon Aufzage. Befand denn der Unternehmer etwa einen Lohn... er... höh... ung? Wenn er die alten Arbeitern bewilligen würde, dann würde sein Gewinn vielleicht auf die Hälfte herabgesetzt.

Dieser einsichtlose Wilfried aber wollte das nicht verstehen. Er war empört. Als ob es irgendetwas einbringen würde, sich zu empören!

Nach vielen Leiden schenkte seine Gefährtin einem Sohne das Leben. Ihr Glück wurde aber dadurch noch größer.

Die arme Mutter, die niemals besonders kräftig gewesen war, starb kurz nach der Geburt des schwäbischen Kindes, das ihr bald in den Tod folgte.

Wilfried war vor der gerechten Strafe errettet worden. Anstatt aber sein Unrecht einzusehen und zu seinem früheren Wohltäter zu gehen und sich dankbar zu zeigen (vielleicht hätte er den Neumütingen wieder aufgenommen) empörte er sich noch mehr.

Bald verlor er seine Arbeit. Niemand wollte ihn mehr annehmen. Denn ein einziger unzufriedener Arbeiter kann sehr leicht eine große Menge von Kollegen verhängen, nicht wahr?

Eines Winterabends irrte Wilfried in der Stadt umher. Den ganzen Tag war er nach Arbeit gelaufen, überall abgewiesen wor-

den. Natürlich war sein verhungertes Gesicht sehr wenig vertrauen-verwendend. Man hätte vielleicht Mitleid mit ihm gehabt, wenn sein Blick nicht immer einen so empörenden Ausdruck gehabt hätte. Vollkommen entfaltet, drack Wilfried mittens auf der Fahrbahn zusammen. Ein heranbrausendes Automobil fuhr ihn tot. Der Führer setzte ruhig seinen Weg fort. Ein so Kerl weniger. Das war wirklich nicht der Mühe wert, anzuhalten. (Aus dem französischen Manuskript übersetzt von Paul Chr. Plotte)

Leipziger Baukunst

Von Max Schwimmer.

Leipzig hat kein sonderlich repräsentatives Stadtbild, um den alten dichtgedrängten Stadtteilen herum entwickelten sich im 19. Jahrhundert ziemlich planlos jene Stadtteile, die sich bis zu den ehemals selbstständig existierenden Vororten wie Lindenau, Connewitz, Höchstädt, Probstheida usw. ausdehnten und diese mit der Stadt zusammenwuchsen. Dieser Wachstumsvorgang der Stadt spielte sich vor allem in jener Wirtschaftsperiode ab, die durch den Übergang vom Handwerk zum Industrialismus charakterisiert wird; und sie ist letzten Endes die Schöpfung der modernen Großstadt. Rückblickend erkennen wir, daß sie in keiner Weise den städtebaulichen Aufgaben gewachsen war; die damals hochgeschossenen Mietshäusernkomplexe und Fabrikgebäude zeigten deutlich, daß die jener Zeit nachgerückten organisatorischen Kräfte auf dem städtebaulichen Gebiete vollkommen versagt. Die Baugestaltung war unsocial und kulturstreich.

In unserer Zeit nun, die unter dem immer sich steigenden Druck der Verkehrsnot und Wirtschaftsfragen den Städten neue, höchst wichtige Bauaufgaben stellt, machen sich die Sünden der Väter besonders unangenehm bemerkbar. Man begreift jetzt wieder, daß alles Bauen in einer Stadt unter ganz bestimmten Gesichtspunkten geschehen muß, wenn man städtebaulich das Ansehen der Stadt heben will, wenn man an eine wirkliche Gestaltung des Stadtbildes denkt.

Durchblättert man das vom Stadtbaurat Alter arrangierte Buch: Neue Stadtbaukunst, Leipzig, so sieht man wohl, daß auch von dieser Seite aus viele Umgestaltungsversuche und Veränderungsabsichten des Stadtbildes geplant sind, doch sind die Vorschläge und Ideen alle mehr aus Neuerlichkeit gerichtet, ohne die wirklichen Bauaufgaben zur Diskussion gestellt zu haben, um die es sich im Grunde in Leipzig handelt. Die Bauabsichten des Hochbauamtes muten alle etwas eigenbrötlerisch und persönlich ehrgeizig an, sie haben einen Zug ins Theatralische und Großmannschaftliche. Nicht die tatsächlichen Möglichkeiten sind bearbeitet, die für unsere Zeit wirtschaftlich tragbar wären, sondern man will immer das Großartige und Besondere, ja, das heimliche Unmögliche, vor allem wenn man an die Finanzierung solcher Unternehmungen denkt, und außerdem würden dann die immer dringender nötigen Wohnungsgebäuden ganz eingestellt werden müssen.

Die baukünstlerischen Leistungen des Hochbauamtes, die wir bisher zu sehen Gelegenheit hatten, sind nun auch nicht gerade so erstaunlich, daß wir uns von dem jetzigen Stadtbauamt eine wesentliche Veränderung des Leipziger Stadtbildes wünschen möchten. Sein Talent und seine Ideen sind nicht so erheblich, daß wir an eine allgemeingültige Tat von ihm glauben könnten. Wie möglich doch die städtischen Siedlungen in ihrer architektonischen Gestaltung, — hier soll nicht einer Mode oder einer Richtung das Wort gesprochen werden, nicht irgendinem Spezialisten, oder Auktionssittern, nicht rückwärtsgeschautem Historismus, noch absichtsvoll herausgestelltem Konstruktivismus, aber ganz abseits von den Schlagsworten gibt es eine Baukunst, die natürlich und selbstverständlich ist, die das gegebene Material sinnvoll verwendet, die sich alter Vorstellungen bedient und die ganz eindeutig auf Zweck und Nützlichkeit eingestellt ist. Das können aber nur Architekten vollbringen, die ohne Großmannschaft, ohne Verblüffungsmanöver mit dem Instinkt fürs Zeitgemäße ausgestattet sind, deren Talent von Grund aus baumeisterlich ist. Der Architekt der Zukunft will, der die Zeit begreift, muß das Absonderliche, individualistisch Übersteigerte abstreifen, um zum Allgemeingültigen zu kommen, soziale Gefühl muß seine Architekturgedanken durchdringen. Das wahrhaft Soziale ist im Grunde nichts anderes als das Allgemeingültige. Der Architekt muß leidenschaftlich das Richtige wollen und nicht das Besondere, nicht das individuelle Überspielt, erst dann kann er erreichen, daß ihm auch in unserer Zeit Architekten gelingen, die zeitlos schön sind wie die Gebäude selber.

Das Hochbauamt hat keine derartigen Leistungen aufzuweisen, die von ihm geschaffenen Gebäude sind heute schon veraltet, wie brauchen nur an das Planetarium oder an den unglücklichen Bau des Grassimuseums zu erinnern. Genau so wird es uns mit der Ringanlage gehen, die in ihrer Projektierung schon unnatürlich und phantastisch anmutet, die von wirtschaftlicher Architekturfarbe keine Spur verrät. Auch das von Bechtelmeier ausgeführte Hochhaus Koch am Augustusplatz, das den Aufsatz moderner Architektur im Städteinnern darstellen soll, ist doch eine Rote, ein Architekturklotz, das besser unterdrückt wäre. Hier hätte das Hochbauamt, verantwortlich für das Stadtbild, ganz entschieden verhindern eingesenken müssen, aber die nicht eindeutige Haltung zum Projekt hat ihm auch hier die Einwirkung erschwert. Jeder, der nur einen blauen Schimmer von architektonischem Gefühl hat, wird das Hochhaus Koch, das in seiner architektonischen Gliederung allen anderen als ein Hochhaus ist, das in einer Zeit, da man den ornamentiellen Schmuck von den verwilderten Fassaden klopft, auf überflüssigen Ornamentenraum nicht verzichten zu können glaubt, ablehnen müssen.

Nach dem Kriege ist in allen deutschen Städten das Interesse für den Bau von Hochhäusern nach amerikanischem Muster lebendig geworden. Mit dem Bau von Hochhäusern sollte man dem Raumangel in den Großstädten abhelfen, und außerdem waren für die Architekten diese neuen monumentalen Bauaufgaben von besonderem Reiz. Auch in Leipzig entstanden seitensweise die Projekte für Hochhausbauten, nur leider immer an den falschen Stellen. Die besonderen städtebaulichen Verhältnisse Leipzigs können nicht ohne weiteres ignoriert werden, die Auswahl für die Bauplätze von Hochhäusern hat das Hochbauamt aber unbegreiflicherweise immer an den falschesten Stellen getroffen, es hat nicht beachtet, daß ein Turmhaus in jene Nähe und weitere Umgebung immer neue Maßstäbe trägt, daß gefährliche Proportionsverschiebungen verursacht werden, daß der Eindruck des Straßen- und Stadtbildes immer wesentlich beeinträchtigt wird.

Die Hochhausmassive im Städteinnern werden in Leipzig immer eine dissonierende Architekturklitterung hervorrufen müssen, Willkür und Ehrgeiz zerstören hier die Wirkung alten Bauidealens.

Ganz merkwürdige Entscheidungen hat das Hochbauamt auch bei dem Neubau der "Alten Goldenen Eule" im Brühl über die Fassadengestaltung getroffen. Ein ganz unrentables und dem Straßenbild fremdes hohes Schildbrett wurde vom Hochbauamt in einer artigsten Entour, der die Dachstange durch zwei aufrechtegezogene Stockwerke glücklich gelöst hatte, hineindiktirt. In diesem Falle kann man nur einen ganz willkürlichen und in nichts gerechtfertigten Eingriff des Hochbauamtes feststellen, der die laufkünstlerische Abhängigkeitsigkeit der verantwortlichen Herren ganz offenbar macht.

Gerade bei solchen kleinen Entscheidungen zeigt der Architekt, ob sein Geistes Kind er ist, ob er ein natürlich baumeisterliches Talent hat, oder ob er ein mit noch so viel Diplomen und Zeugnissen garnierter Durchschnittsarchitekt ist, dem man die baukünstlerische Verantwortung für eine Stadt wie Leipzig niemals überlassen darf.

Unaufgefunder Dachgarten

Es gibt viele Dachgärten. Sie thronen auf hohen Wolkenkrätern und weniger hohen Hochhäusern. Sind Beispiele der Welt der Besitzenden, und fertiggestellt, verschlossen der Welt der Arbeit. Andere finden sich vereinzelt auf großen Warenhäusern. Zur Erholung des Personals. Weder andere auf Krankenhäusern. Ihre Bilder findet man, mit dem nötigen Text dazu, in den illustrierten Zeitschriften... Sie sind zweckbewußt geschaffen.

Aber es gibt auch andere Dachgärten! Aufällige möchte ich sagen. Die findet man in Industriestädten, thronend auf jenen Bauwerken des vergangenen Jahrhunderts, die die aufblühende Industrie in Eile erwachsen ließ. Von sonnenliebende, lusthungrige Menschen sie entdeckt. Sie sind ungeknüpft. Ihre Bilder sind den illustrierten Zeitschriften nicht prächtig und wichtig genug. Darum macht noch kein Photograph sich die Mühe, sie zu finden. Unter dem Fenster meiner Wohnung ist so ein Dachgarten. Auf dem teerbeschmierten, wadigen Dach eines alten Lager-schuppens, der bis an das zweite Stockwerk hinaufreicht. Ein Tisch und zwei Stühle stehen wunderbar gefahrdrohend darauf. Und auf dem Tisch eine rotblühende Geranie, die aterlichen Blatt und Blütenarmen hilflos zum Licht erhoben. Eine Stellenweise durchzogene Dachrinne, aus deren aufgespeicherten Schlamm Gras und Kraut wächst, ist seine natürliche Umzäunung.

Dieser Dachgarten gehört zwei Mädchen. Sie eine mit abgründigen Augen und matthauben Wuschellocken; das andere schon älter. Er spendet ihnen Kraft und Lust.

Mittags sitzen die Mädchen auf wadigen Stühlen in brodelnder Sonne. Ihre Kleider duschen Farbe. Ihre Körper gewitterhafte Frische.

Ihr Lachen ist heiterlichend. Wenn seine Reise abgeblättert sind im Grau bröckelnder Gemäuer, dann kommt es zu mir, in meine Stube.

Ich sehe dann zum Fenster hinaus. Aufgeschlagene Blüten liegen neben ihnen auf dem Tisch. Mitten zwischen ihnen die rote Geranie. Die Kräuter und Gräser wippen im spärlichen Wind.

Doch die Mittagszeit verstreicht schnell. Die Mädchen müssen fort. Arbeitet. Vorher gießen sie sorgsam frisches Wasser in den Untersetzer des Blumentopfes. Dann gehen sie. Und ihr Dachgarten ist bis zum Abend ungenutzt. Tisch und Stühle stehen geähnlich schief. Die Sonne vollendet ihre Reise über die Dächer der Stadt. Die Glut des Tages düstet aus. Geräusche ebben ein. In die Dachrinne gluckert, wie in regelmäßigen Atemzügen, Spülwasser.

So um die Tagessonne kommen die beiden Mädchen zurück. Und bald brennt still und ruhig auf dem im Teer des Schuppen-daches festgepflanzten Tisch eine elektrische Nachlampe.

Die Mädchen führen bis spät in die Nacht. Erzählen sich die täglichen Gebegebenheiten, in die sie verwickt — überrascht oder gewollt. Bis es zu kühl geworden ist.

Heinrich Häusgen.

Kleine Chronik

Ochsenfroschfarmen in Japan. Der Ochsenfrosch, dieser Riese unter den Fröschen, dessen größte Exemplare in Nordamerika vorkommen, ist dort eine beliebte Delikatesse. Man begnügt sich nicht nur mit einem Ragout aus Fröschenköpfen, wie es die Franzosen gern haben, sondern diese amerikanischen Ochsenfrösche werden ganz gebraten und dann in den Hotels als Hauptgang bei Tische serviert. Ihr Fleisch soll mit dem weißen Fleisch junger Hühner gleich sein. Die größten Ochsenfrösche, die zwischen 1½ und zwei Pfund das Stück wiegen, sind besonders zahlreich in den ausgedehnten Sümpfen von Louisiana, und von hier werden alljährlich etwa 2 Millionen dieser Frösche auf den Markt gebracht; sie bedeuten eine kostbare Ernte, deren Wert man auf 500 000 Dollar beziffert. Die Ochsenfrösche sind in Louisiana so zahlreich, daß man leicht auch 20 Millionen von ihnen zum Verkauf stellen könnte, wenn die Nachfrage größer wäre. Aber es sind eben noch nicht genug Amerikaner auf den Geschmack des Ochsenfrösches gekommen; das Gericht ist fast nur in Louisiana und in New Orleans beliebt. Die Japaner aber sind jetzt auf diese wohlgeschmeckende und verhältnismäßig leicht zu gewinnende Nahrung aufmerksam geworden und beabsichtigen, in ihrem Lande Ochsenfrösche-Farmen in großem Maßstab einzurichten. Im vergangenen Jahr wurden 5000 Paare dieser Tiere zu Jagdzwecken von Louisiana nach Japan ausgeführt, und es sind bereits in der Nachbarschaft von Tokio und bei Nagoya große künstliche Weiber angelegt worden, in denen die Frösche gezüchtet werden; sie wurden in Körben verschifft, die mit naßem Moos ausgelegt waren, und haben die Reise durch den Panama-Kanal nach Japan gut überstanden. Dort hat die Universität von Tokio ausgedehnte Versuche über die Jagd des Ochsenfrösches angestellt, und die Ergebnisse der ersten Farmen sind sehr zufriedenstellend. Überall entstehen Zuchtpflanzen, und für ein Paar Ochsenfrösche wird die beträchtliche Summe von 100 Yen bezahlt. C. K.

Brünette kontra blond. Der durch ein Buch von den Blondinen, die von den Männern bevorzugt wurden, entfachte Streit zieht weitere Kreise. Jetzt ist es der Londoner Arzt C. J. Thomas, der die Partei der Brünetten ergreift und in einer medizinischen Vorlesung auseinandergesetzt hat, daß die Gesundheit brünetter Frauen weit widerstandsfähiger wäre als die von blonden. Beim Vergleich zwischen den Schweden und den Italienerinnen beispielweise schneller die Italienerinnen in dieser Beziehung bei weitem besser ab. Blonde Frauen seien auch viel anfälliger für Krankheiten und besonders rheumatischen Erkrankungen sowie Herzleiden mehr ausgezeichnet.

Über wie steht es dann eigentlich mit den Wasserkocher-superglydblonden? K. K.

"Kinosierung der Hochhäuser" lautet eine neue Parole des Moskauer Volksbildungskommissariats. Der Film soll in steigendem Maße als Lehrmittel an den Universitäten und sonstigen Hochschulen der Sowjetunion verwendet werden. Zu diesem Zweck will das Bildungskommissariat einen besonderen Ausgabeposten in seinem Jahresbudget aufstellen. O. E.

Albert Paul, der Schauspieler und frühere Vizepräsident der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen, ehemaliger Theaterdirektor des Dresdner Hoftheaters und zuletzt im Berliner Lustspielhaus tätig, ist in Dresden, wo er bei Freunden zur Erholung weilte, im Alter von 74